

aktuelle analysen 25

Gerhard Hirscher
**Jenseits der "Neuen Mitte":
Die Annäherung der PDS an die
SPD seit der Bundestagswahl 1998**



**Hanns
Seidel
Stiftung**

Akademie für Politik und Zeitgeschehen

aktuelle analysen 25

Gerhard Hirscher
Jenseits der "Neuen Mitte":
Die Annäherung der PDS an die
SPD seit der Bundestagswahl 1998

ISBN 3 - 88795 - 233 - 2
© 2001 Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München
Akademie für Politik und Zeitgeschehen
Verantwortlich: Dr. Reinhard C. Meier-Walser (Chefredakteur)

Redaktion:
Wolfgang D. Eltrich M.A. (Redaktionsleiter)
Barbara Fürbeth M.A. (stv. Redaktionsleiterin)
Paula Bodensteiner (Redakteurin)
Christa Frankenhauser (Redaktionsassistentin)

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	5
1. Auf dem Weg zur "Normalisierung"?	5
2. Annäherung von PDS und SPD: Fortschritte und Gegenbewegungen.....	6
3. Der Rücktritt Oskar Lafontaines und die strategischen Folgen für die PDS.....	13
4. Gestärktes Selbstbewusstsein und Wahlerfolge: Druck auf die SPD.....	20
4.1 PDS: Wachsender Druck von links	20
4.2 Erosion am linken Rand: Übertritte als reale Gefahr	24
4.3 Warnungen aus dem Zentrum: Das Papier von Heinrich August Winkler.....	27
4.4 Ungebrochenes Selbstbewusstsein der PDS.....	28
5. Ist der Zenit überschritten? Neue Probleme nach dem Erfolgserbst.....	30
6. Nach dem Parteitag von Münster: Die Karten werden neu gemischt	32
6.1 Erster Schock: Rückschlag für Koalitionsszenarien?	32
6.2 Entwarnung: Handreichungen seitens der SPD.....	34
7. Konsolidierung als Juniorpartner	38
8. Fazit: Konturen einer Strategie jenseits der "Neuen Mitte"	44

Zusammenfassung

Das strategische Ziel der PDS ist es gegenwärtig, sich als normale politische Kraft auf allen politischen Ebenen zu etablieren. Die langfristig brüchige Rolle als Ostpartei kann nur dadurch kompensiert werden, dass sich die PDS als gesamtdeutsche linke Flügelpartei profiliert. Dazu ist aber die Einbindung in Regierungskoalitionen nötig, die ihr auf Bundes- wie auf Landesebene nur die SPD ermöglichen kann.

Die Analyse schildert die wichtigsten Stadien der Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl sowie die Reaktionen von SPD und teilweise auch von Bündnis 90/Die Grünen darauf. Dies zeigt, dass einer engeren Einbindung der PDS seitens der anderen Akteure immer weniger Widerstand entgegen gebracht wird. Im Hinblick auf die Bundestagswahl 2002 wird deutlich, dass die PDS-Führung große Anstrengungen unternimmt, diese Annäherung weiter voranzutreiben, um die Chancen für eine Beteiligung an der Macht in der Bundespolitik weiter zu erhöhen.

1. Auf dem Weg zur "Normalisierung"?

Das Ergebnis der Bundestagswahl 1998, in der die PDS erstmals nicht nur auf Grund ihrer Direktmandate, sondern auch durch das Überspringen der 5%-Hürde in den Bundestag gelangte, sowie die fast zeitgleiche erste offizielle Regierungsbeteiligung der PDS in einem deutschen Bundesland (Mecklenburg-Vorpommern) haben die Positionen der PDS im deutschen Parteiensystem Zweifels ohne vorerst gestärkt. Zwar wurde die Partei für die Regierungsbildung von SPD und Bündnis90/Die Grünen in Berlin nicht benötigt, aber die PDS ließ keinen Zweifel daran, dass die neue Bundesregierung ihre Sympathien weit mehr genoss als die alte, aber auch als eine Koalition der SPD mit den Liberalen oder gar einer großen Koalition. Für die PDS begann nun eine neue Phase ihrer Parteigeschichte, in der sie hoffte, die "Normalisierung" ihrer Rolle im deutschen Parteiensystem und damit auch ihre Akzeptanz in den alten Bundesländern vorantreiben zu können. Hierzu gehört auch, dass von nun an immer häufiger der Versuch gemacht wurde, die Regierungsbildung in Mecklenburg-Vorpommern als Muster für die anderen neuen Bundesländer anzusehen und in letzter Konsequenz auch als Vorbild für den Eintritt in eine Bundesregierung in Berlin. Gleichzeitig wurde jedoch auch immer wieder deutlich, dass die reale Heterogenität der PDS ihr bei dieser Entwicklung deutlich im Weg stehen dürfte.

Allerdings trug die PDS immer wieder selbst dazu bei, ihre Akzeptanz und ihre Attraktivität für andere Parteien zu beschädigen. So traten die antidemokratischen Wurzeln der Partei aus DDR-Zeiten immer wieder zu Tage – und zwar auch in einer Form, die in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde und zu schädlichen Debatten für die PDS führte. Ein Beispiel hierfür waren Äußerungen ihres damaligen Vorstandsmitgliedes Michael Benjamin, Sohn der berühmten DDR-Justizministerin Hilde Benjamin und Mitglied der Kommunistischen Plattform, der in einem Interview den Bau der Berliner Mauer im Jahr 1961 als "völkerrechtlich zulässige Maßnahme" verteidigt hatte. Gleichzeitig bestritt Benjamin, die DDR sei ein Unrechtsstaat gewesen. Der Umgang mit dieser Äußerung zeigt für die PDS typische Züge: Zwar erntete Benjamin Kritik aus den eigenen Reihen, eine offizielle Sanktion des Vorstandes erfolgte jedoch nicht. Der Parteivorsitzende Lothar Bisky sagte lediglich, er sei mit den Äußerungen Benjamins nicht "zufrieden", dies wurde aber weder zum Ausschluss Benjamins aus

dem Vorstand oder gar der Partei noch zur Ausgrenzung oder zum Ausschluss der kommunistischen Plattform aus der Partei genutzt.

Ebenso aufschlussreich wie diese Äußerung ist aber der Kontext, in dem sie erfolgte. Der PDS-Vorstand scheute sich auf der selben Sitzung nicht, erneut das Ziel zu betonen, in den kommenden zwei Jahren Bündnisse mit der SPD im Bund, Ländern und Kommunen einzugehen und in diesen "Mitte-Links Konstellationen" den Platz einer eigenständigen sozialistischen Partei mit bundesweitem Anspruch einzunehmen¹. Die Süddeutsche Zeitung bewertete diese Affäre wie folgt: "Die PDS besteht aus Leuten wie Michael Benjamin. Der Exot, als der er (Sohn der berüchtigten Justizministerin) hingestellt wird, ist er nicht. Benjamin ist nahtlos von der SED in die PDS gelangt – konsequenterweise ist er Mitglied der Kommunistischen Plattform, die vor Jahren von der Parteiführung noch als geschäftsschädigend angesehen wurde, jetzt aber vorstandsfähig ist. Nur hat er noch keine Routine darin, die Schönrederei des Unrechts in der Öffentlichkeit im unanfechtbaren Jargon zu betreiben. Parteichef Bisky beherrscht die Kunst: Benjamin habe überzeugend dagetan, dass er alles 'differenzierter' gemeint habe. Differenziert, d.h. laut Gysi: die DDR war weder Rechts- noch Unrechtsstaat"². Ein weiteres Ereignis etwa zur selben Zeit unterstrich ebenfalls, in wie weit es sich bei der PDS noch um die Partei der alten Eliten der DDR handelt und wie diese Tatsache ihr Verhältnis zu möglichen Koalitionspartnern beeinträchtigen musste. So hatte die PDS-Bundestagsfraktion dem ehemaligen Topspion Rainer Rupp, der unter dem Decknamen "Topas" für die DDR die NATO in Brüssel ausspionierte, ein Angebot gemacht, als Berater für sie zu arbeiten. Rupp war im Sommer 1993 verhaftet und später wegen Landesverrats zu 12 Jahren Haft verurteilt worden. Bei seiner Verlegung in den offenen Vollzug im Dezember 1998 wollte die PDS-Bundestagsfraktion dann sofort auf seine Mitarbeit zurückgreifen. Dies hatte große Kritik in der Öffentlichkeit ausgelöst und unter anderem dazu geführt, dass Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) gegen Rupp ein Hausverbot aussprach. Auch wenn die PDS-Bundestagsfraktion daraufhin betonte, sie hätte Rupp ohnehin in ihrer Landesgeschäftsstelle in Saarbrücken beschäftigen wollen, war möglicherweise erst diese öffentliche Reaktion der Grund dafür, dass Rupp öffentlich verkündete, er nehme das Angebot der PDS-Fraktion nicht an³. Beispiele wie die Fälle Benjamin und Rupp zeigten zu Beginn der Legislaturperiode also vor allem die Grenzen der PDS auf, derartige Ereignisse im Schaden so zu begrenzen, dass sie der Selbstdarstellung als demokratischer Partner nicht im Wege standen. Interessant ist, dass wichtige Führungskreise in der SPD darauf nur zum Teil reagierten. Die weitere Annäherung von SPD und PDS haben sie jedenfalls nicht nennenswert behindert.

2. Annäherung von PDS und SPD: Fortschritte und Gegenbewegungen

Die damalige SPD-Führung unter der Leitung von Oskar Lafontaine wollte derartige Debatten offensichtlich nicht zum Anlass einer Distanzierung von und einer Kritik an der PDS nehmen. Die unübersehbare Annäherung der PDS an die SPD und die wachsende Bereitschaft bei beiden Partnern, darauf einzugehen, führten aber auch innerhalb der SPD zu Widerspruch. So unterzeichneten mehrere SPD-Bundestagabgeordnete aus einem Kreis, der sich "Neue Mitte" nennt, einen Aufruf gegen die Zusammenarbeit der SPD mit der PDS. Der damalige Bundesgeschäftsführer der SPD, Othmar Schreiner, erhob daraufhin den Vorwurf, diese Abgeordneten betrieben eine "Fraktionierung" der ostdeutschen SPD. Bei einem kurz darauf angesetzten

¹ Umstrittene Äußerung zum Mauerbau: PDS denkt nicht an Ausschluss Benjamins, in: Süddeutsche Zeitung, 26.1.1999.

² Die Codewörter der PDS, in: Süddeutsche Zeitung, 26.1.1999.

³ Siehe: "Topas" will nicht für PDS-Fraktion arbeiten, in: Süddeutsche Zeitung, 26.1.1999.

Gespräch im Erich-Ollenhauer-Haus in Bonn wurde dieser Vorwurf zwar zurückgenommen, in der Sache gab es jedoch keine Annäherung. Die prominentesten Unterzeichner waren der letzte Außenminister der DDR, Markus Meckel, der Abgeordnete Stefan Hilsberg sowie der für den Aufbau Ost zuständige Staatsminister im Bundeskanzleramt Wolfgang Schwanitz. Letzterer war von Bundeskanzler Schröder sogar angewiesen worden, er dürfe sich um die Belange des Gesprächskreises nur in seiner Freizeit kümmern. Markus Meckel betonte, die Zusammenarbeit mit der PDS in den ostdeutschen Bundesländern und die Koalition in Mecklenburg-Vorpommern widerspreche einem Beschluss des SPD-Fraktionsvorstandes vom 5. Dezember 1994, in dem eine Bündnisstrategie gegenüber der PDS ausgeschlossen wurde. Dieser Beschluss sei laut Meckel nicht förmlich revidiert worden und gelte daher offiziell weiter. Meckel warnte insbesondere, die SPD müsse es verhindern, dass sich links von ihr sich dauerhaft eine andere Partei etabliere. Offenbar blieb der Einfluss der Unterzeichner der "Neuen Mitte" auf dem Parteivorstand jedoch gering, denn ein offizieller Beschluss wurde nicht gefasst. Ein förmliches Verbot einer Koalitionsbildung mit der PDS in den ostdeutschen Bundesländern wurde nicht gefordert⁴.

Immerhin hatte das Insistieren der PDS auf die Mitarbeit des Ex-Spions Rupp die anderen Parteien dazu gebracht, die Beteiligung der PDS an der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) zur Kontrolle der Geheimdienste nicht weiter zu verfolgen. Die SPD, die das Beschäftigungsangebot der PDS an Rupp schon zuvor als Argument gegen die Beteiligung der PDS herangezogen hatte, betonte, dass das Misstrauen gegen die PDS auch nach dem Rückzug Rupps nicht beseitigt sei. Diese Haltung wurde von führenden Politikern von SPD und Bündnis90/Die Grünen unterstützt – allerdings gab es auch Abgeordnete wie den innenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagfraktion Dieter Wiefelspütz sowie Hans-Christian Ströbele von Bündnis90/Die Grünen, die die Ausgrenzung der PDS aus der PKK für problematisch erklärten und den Weg der PDS in das Geheimdienstkontrollgremium für frei ansahen⁵. Auch der innenpolitische Sprecher der Bündnisgrünen, Cem Özdemir, hielt die Einbindung der PDS in das Gremium für möglich und bedauerte die Entscheidung der SPD-Fraktion dagegen⁶.

Angesichts dieser widersprüchlichen Meinungen der PDS überrascht es nicht, dass die PDS-Führung insbesondere Übertritte prominenter früherer Politiker von SPD oder Bündnis90/Die Grünen ganz besonders hervorhebt. So wurde der unter Stasivorwürfen stehende Liedermacher und ehemalige SPD-Politiker Dieter Dehm auf dem PDS-Parteitag in Berlin am 16./17.1.1999 sogar zum stellvertretenden Vorsitzenden der PDS gewählt. Die Tatsache, dass solche Politiker kaum in das traditionelle PDS-Milieu passen, ist offenbar von geringerer Bedeutung für die PDS-Führung als deren mögliche Symbol- und Außenwirkung auf nahe Stehende oder die Öffentlichkeit. Ebenso begrüßt wurde der Übertritt der früheren Vorstandssprecherin der Berliner Grünen, Birgit Daiber, im Januar 1999. Dieser Übertritt ist insbesondere bemerkenswert, als er daraufhin deuten könnte, dass die PDS darauf spekuliert, aus dem linken Flügel der Berliner Alternativen Liste, der bislang schon engere Kontakte zur PDS unterhalten hatte, weitere Übertritte zu erhalten. Der Bundesgeschäftsführer der PDS Dietmar Bartsch wertete die Eintritte von Dehm und Daiber in dem Sinne, dass die Wahlerfolge in Bonn und Schwerin bewirkten, dass zunehmend Vertreter von SPD und Bündnis90/Die Grünen Interesse daran fänden, bei der PDS mitzuarbeiten⁷. Aus solchen Äußerungen spricht

⁴ Schreiner spricht mit den Abweichlern aus der "Neue Mitte", in: FAZ, 23.1.1999.

⁵ Weiter Misstrauen gegen PDS. Dissens über Teilnahme an Geheimdienstkontrolle, in: Süddeutsche Zeitung, 27.1.1999.

⁶ PDS streitet über Vergleich der DDR mit Nationalsozialismus, in: Süddeutsche Zeitung, 28.1.1999.

⁷ Ex-Grünen-Chefin wechselt zur PDS, in: Die Welt, 30.1.1999.

nicht nur ein gewachsenes Selbstbewusstsein, sondern auch die latente Drohung an SPD und Grüne, zumindest auf Teile deren Funktionärspotenzials attraktiv zu wirken. Dies deutet auch darauf hin, dass für die SPD ihr Umgang mit der PDS auch künftig von großer Widersprüchlichkeit gekennzeichnet sein dürfte. So hielt die SPD Mecklenburg-Vorpommern an ihrer Koalition mit der PDS fest, die sich mit ihrer Forderung durchsetzen konnte, die obligatorische Überprüfung auf eine Stasitätigkeit bei der Einstellung in den Staatsdienst abzuschaffen. In diesem Bundesland war und ist man offensichtlich bereit, um des Erhalts der Koalition Willen sehr stark auf solche symbolische, für die PDS grundsätzlich wichtige Fragen einzugehen. Gleichzeitig schreckte die SPD-Parteiführung sofort davor zurück, eine 32-jährige Journalistin aus Ostdeutschland, Frau Dörte Caspary, als Pressesprecherin einzustellen, nachdem bekannt wurde, dass sie als Jugendliche eine Verpflichtungserklärung für das MfS unterschrieben hatte. Offenbar spielt die politische Opportunität bei der öffentlichen Bewertung der PDS eine beachtliche Rolle. Dies drückt sich auch darin aus, dass die Beobachtung der Partei durch das Landesamt für Verfassungsschutz in Mecklenburg-Vorpommern kurz nach der Regierungsbildung der rot-roten Koalition eingestellt wurde, während dies in anderen Bundesländern, wo die SPD an der Regierung beteiligt ist, durchaus weiterhin der Fall ist.

Bereits kurze Zeit nach der Bildung der Koalition aus SPD und PDS in Mecklenburg-Vorpommern machten beide Koalitionspartner immer wieder deutlich, wie gut die Koalition funktioniere. Die politische Bedeutung dieser Koalition wurde auch dadurch unterstrichen, dass ihre Stimme im Bundesrat im Frühjahr 1999 entscheidendes Gewicht bekam. Andererseits wurde durch das demonstrativ freundschaftliche Verhältnis von Ministerpräsident Harald Ringstorff mit seinem Stellvertreter Helmut Holter von der PDS nach außen hin sogar noch betont, wie gut das Klima in dieser Koalition verglichen mit der früheren großen Koalition aus CDU und SPD mittlerweile sei. Regierungschef Harald Ringstorff lobte die faire Partnerschaft in diesem Bündnis und kontrastierte sie mit dem Klima der früheren großen Koalition mit der CDU⁸. Diese Bewertung der Situation in Mecklenburg-Vorpommern mag auch dazu beigetragen zu haben, dass in Sachsen-Anhalt SPD und PDS daran gingen, die bisherige Tolerierung der Minderheitsregierung der SPD stärker zu kodifizieren und damit auch in Richtung auf eine Koalition zu gehen. So einigten sich fast gleichzeitig SPD und PDS auf eine schriftliche Formulierung der gemeinsamen Grundlinien der künftigen Landespolitik – ein Papier, das offenbar auf Wunsch der PDS zustande gekommen war.⁹ Als eine gemeinsame Kernaussage wird darin festgelegt, dass die Bundesregierung dazu aufgefordert wird, "den Umverteilungsprozess von oben nach unten wirksam und nachhaltig einzuleiten"¹⁰. Auch in anderen Bundesländern verstärkte die PDS ihre Bemühungen, sich der SPD als Koalitionspartner anzudienen. So kritisierte der sächsische PDS-Vorsitzende Porsch den SPD-Vorsitzenden des Landes, Kunckel, wegen dessen Weigerung, mit der PDS zu sprechen. Gleichzeitig unternahm der sächsische DGB-Vorsitzende Lucassen einen Vorstoß zur Förderung eines Bündnisses von SPD und PDS. Er warnte die SPD vor Isolierung und bestätigte, dass ein SPD/PDS-Bündnis, das gute Politik mache, die Unterstützung der Gewerkschaften verdiene¹¹. Dieses Beispiel zeigt, wie es der PDS immer wieder gelingt (so zum Beispiel auch bei den Bündnisdebatten um die "Erfurter Erklärung" vor der Bundestagswahl), sich Teile der Gewerkschaftsbewegung und ihrer führenden Exponenten dienstbar zu machen, um ihre politischen Ziele durchzusetzen.

⁸ SPD und PDS finden immer mehr Gefallen aneinander, in: Die Welt, 10.2.1999.

⁹ Arbeitspapier von SPD und PDS in Magdeburg. Gemeinsame Ziele vereinbart, in: Süddeutsche Zeitung, 11.2.1999.

¹⁰ Gemeinsame Ziele von PDS und SPD, in: FAZ, 11.2.1999.

¹¹ Wütendes Werben. Die sächsische PDS bemüht sich – bislang vergebens – um die SPD, in: FAZ, 13.2.1999.

Auch innerhalb der SPD wurde der Widerstand gegen die Koalition mit der PDS stärker und versuchte, sich durch die Bildung eigener Strukturen zu verfestigen. So unterzeichneten Mitte Februar 1999 mehr als 60 SPD-Mitglieder eine "Rostocker Erklärung", in der die Kooperation mit der PDS als "ungeheuerlicher Akt" gegenüber den Opfern des DDR-Regime und als Verrat an sozialdemokratischer Politik abgelehnt wurde. An die wegen dieser Koalition bereits ausgetretenen SPD Mitglieder appellierte der Leipziger SPD-Bundestagsabgeordnete Gunther Weißgerber, ihren Schritt zu überdenken und sich lieber für innerparteilichen Widerstand stark zu machen¹². Aufrufe wie dieser belegen, wie umstritten enge Bündnisse mit der PDS innerhalb der SPD nach wie vor sind. Andererseits unterstreicht dies auch, dass der wirkliche Widerstand gegen solche Bündnisse innerhalb der Sozialdemokraten nur noch von einer kleinen Minderheit getragen wird. Eine nennenswerte Resonanz in anderen Bundesländern oder gar innerhalb der Bundes-SPD haben solche Aufrufe nicht gefunden. Die SPD-Spitze bemühte sich zu dieser Zeit immerhin noch zumindestens um symbolische Distanz: So weigerte sich Bundeskanzler Gerhard Schröder bei einem Besuch in Schwerin Mitte Februar 1999, sich zusammen mit Harald Ringstorff und seinem Stellvertreter Helmut Holter fotografieren zu lassen, was letzterer sehr bedauerte¹³.

Auch innerhalb von Bündnis90/Die Grünen waren nach wie vor die Kräfte stark vertreten, die sich für eine engere Zusammenarbeit mit der PDS aussprechen. So fassten die Berliner Grünen zwar im Februar 1999 einen Beschluss gegen eine Zusammenarbeit mit der PDS im Falle eines rot-grünen Senats nach der Landtagswahl am 10.10.1999. Zudem fiel die Kandidatin für einen Sprecherposten vom linken Parteiflügel, Ida Schilling, die sich für eine PDS-Tolerierung ausgesprochen hatte, bei der Vorstandswahl durch. Trotz dieses Mehrheitsbeschlusses betonten Parteilinke wie Hans-Christian Ströbele jedoch gleichzeitig, nicht die Grünen hätten die "Tür für eine PDS-Tolerierung" in Berlin zugeschlagen, sondern die SPD. Und auch im Beschluss selbst wurde eine PDS-Beteiligung für die Zukunft in Berlin nicht klar ausgeschlossen¹⁴. Insbesondere durch die Formulierung des Beschlusses, "alle Regierungskoalitionen unter Beteiligung von Bündnis90/Die Grünen" seien für die Hauptstadt besser als für die Fortsetzung der großen Koalition wird deutlich, dass dieser Beschluss bei genauer Lektüre sogar eine indirekte Aufforderung an eine Beteiligung der PDS darstellt¹⁵. Es ist daher äußerst zweifelhaft, ob in der Gesamtwirkung dieser Landesparteitag der Grünen wirklich eine "klare Absage an die PDS" gewesen ist, wie dies teilweise in der Presse beschrieben wurde¹⁶.

Viel wahrscheinlicher dürfte die Interpretation sein, dass sich die Berliner Grünen mit Mühe und Not zu einem Formelkompromiss verständigen konnten, der wirklich dazu dienen sollte, im Vorfeld der Senatswahlen größere Irritationen zu vermeiden und insbesondere der CDU mögliche Ansätze für einen gegen die PDS und ihre möglichen Bündnispartner gerichteten Wahlkampf von vornherein zu nehmen. Umgekehrt gab es in der praktischen Politik aber immer wieder Hinweise auf konkrete Zusammenarbeit zwischen PDS und Grünen. So riefen Politiker von Grünen und der PDS gemeinsam zu einem Marsch für drei Kurden auf, die bei den gewalttätigen Demonstrationen beim israelischen Generalkonsulat erschossen worden waren¹⁷.

¹² "Rostocker Erklärung" gegen rot-rote Koalitionen, in: Süddeutsche Zeitung, 15.2.1999.

¹³ Schröder auf Distanz zu PDS-Politikern, in: Die Welt, 19.2.1999.

¹⁴ Grüne grenzen sich nicht eindeutig von PDS ab, in: Die Welt, 22.2.1999.

¹⁵ Graw, Ansgar: Grüne und PDS – eindeutig zweideutig, in: Die Welt, 22.2.1999.

¹⁶ Delegiertenkonferenz der Berliner Grünen: Klare Absage an die PDS, in: Süddeutsche Zeitung, 22.2.1999.

¹⁷ PDS und Grüne rufen zu Marsch für tote Kurden auf, in: Die Welt, 24.2.1999.

Insgesamt wurde Anfang des Jahres 1999 immer deutlicher, dass eine enge Zusammenarbeit mit der PDS für immer mehr führende Politiker der SPD eine aktuelle politische Option darstellt, die vor dem Hintergrund der damaligen Schwierigkeiten der rot-grünen Bundesregierung und den erlittenen Niederlagen bei Landtagswahlen eine besondere strategische Dimension erhielt. Immer mehr Spitzenpolitiker der SPD sprachen sich nun offen dafür aus, die "Dresdner Erklärung", in der 1994 jede Zusammenarbeit mit der PDS klar ausgeschlossen wurde, nun auch offiziell aufzuheben. Dies forderte nach dem SPD-Bundesgeschäftsführer Othmar Schreiner auch der SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine in einem Interview im ZDF. Der PDS-Wahlkampfleiter Andre Brie schloss aus diesen Äußerungen: "Offenbar bereiten führende SPD-Politiker eine Zusammenarbeit mit der PDS in Thüringen und Brandenburg und eine Mitte-Links-Koalition auf Bundesebene im Jahr 2000 vor"¹⁸.

Diese weitere Annäherung an die PDS führte aber immerhin dazu, dass sich Ende Februar 1999 in Schwerin eine "Sozialliberale Partei" aus ehemaligen SPD-Mitgliedern gründete. Allerdings nahmen nur 50 Teilnehmer an der Versammlung teil, von denen sich wiederum nur 21 als Gründungsmitglieder der SLP in die Listen einschrieben. Prominente SPD-Dissidenten gehörten nicht dazu. Zum Vorsitzenden wurde Bruno Schuckmann gewählt, früherer Vorsitzender der Jusos in Mecklenburg-Vorpommern. Dieser kritisierte die Entscheidung Harald Ringstorffs zur Regierungsbildung in scharfer Form. Damit sei nicht nur die SED-Nachfolgepartei aufgewertet worden, auch habe Ringstorff seinem persönlichen Machtstreben Grundsätze geopfert, mit denen die SPD nach der Wende 1989 in den neuen Ländern hoffnungsvoll begonnen habe. Schuckmann kündigte ein Antreten seiner Partei für die Kommunalwahlen an. Auch diese Neugründung macht deutlich, dass sie einerseits sicherlich den Unwillen auch mancher aktiver SPD-Politiker artikuliert. Auf der anderen Seite dürfte die Basis für eine solche Partei genauso gering sein, wie die organisatorische Kraft der Kritiker der PDS-Koalitionen innerhalb der SPD. Als tragfähige Grundlage für eine neue Partei scheint eine solche Gründung bislang nicht ausreichend zu sein. Allerdings verdichteten sich auch die Hinweise darauf, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder diese interne Kritik und die Gründung dieser sozialliberalen Partei nicht gelegen gekommen sein dürften. Das Vorpreschen Oskar Lafontaines sowie des Bundesgeschäftsführers Schreiner, der die Teilnahme des Staatsministers im Kanzleramt Rolf Schwanitz beim PDS kritischen Kreis "Neue Mitte" sogar öffentlich kritisiert hatte, gingen offenbar zu weit. Gleichzeitig soll sich der thüringische SPD-Vorsitzende Richard Dewes, ein alter Vertrauter Oskar Lafontaines und seit langem Befürworter einer Koalition mit der PDS, auch für ein Bündnis mit der PDS in Berlin ausgesprochen und die Berliner SPD sogar gebeten haben, etwaige Koalitionsverhandlungen mit der PDS über den Wahltermin in Thüringen am 10.10.1999 hinauszuzögern, um die Wähler in Berlin nicht zu verschrecken. Dewes betonte wiederholt, die PDS sei "eine ganz normale demokratische Partei"¹⁹.

Angesichts der politischen Probleme der rot-grünen-Koalition und der schlechten Wahlergebnisse bei Landtagswahlen konnten für Gerhard Schröder und seine Mannschaft solche Ausfransungen am linken Flügel nur äußerst unangelegen sein. Othmar Schreiner bekräftigte auch offiziell die Position, jeder Landesverband der SPD solle sein Verhältnis zur PDS selbst bestimmen. Damit wurde jegliche Vorgabe seitens des SPD-Vorstandes ohnehin ausgeschlossen²⁰. Wie sehr die Gegner einer Annäherung an die PDS innerhalb der SPD vor allem in den neuen Bundesländern immer mehr in die Isolation gerieten, zeigte auch der sächsische SPD-

¹⁸ Auch Lafontaine für engere Zusammenarbeit von SPD und PDS, in: Die Welt, 1.3.1999.

¹⁹ Lafontaines Mitte liegt links, in: Die Welt, 1.3.1999.

²⁰ Die SPD-Führung redet den Weg frei für Bündnisse mit der PDS, in: FAZ, 1.3.1999.

Parteitag Ende Februar 1999, auf dem der Gegenkandidat des Spitzkandidaten der CDU, Kurt Biedenkopf, nominiert werden sollte. Karl Heinz Kunckel, der amtierende SPD-Vorsitzende, der sich immer wieder und auch auf diesem Parteitag scharf gegen eine Zusammenarbeit mit der PDS ausgesprochen hatte, erhielt ohne Gegenkandidat lediglich 73% der abgegebenen Stimmen bei seiner Nominierung. Äußerungen des Bundesgeschäftsführers Othmar Schreiner, der am Tag der Abstimmung sogar sagte, die Auffassungen der PDS zur sozialen Gerechtigkeit seien nicht weit entfernt von denen der SPD, hatten Kunckel dabei sehr geschadet²¹.

Insbesondere vor dem Hintergrund der verlorenen Landtagswahl in Hessen versuchte sich die PDS auch in der Öffentlichkeit immer mehr als wichtiger Partner für die SPD zu präsentieren. So betonte der Fraktionsvorsitzende der PDS im Bundestag, Gregor Gysi, dass von nun an Gesetzesvorhaben im Bundesrat an der PDS scheitern könnten. Gysi machte auch deutlich, dass er erwarte, dass die PDS künftig in interfraktionelle Verhandlungen um politische Kompromisse eingebunden werde. Große Hoffnungen setzte er dabei auf die Landtagswahl in Thüringen im Herbst, wo die nicht einkalkulierte Niederlage der Regierungsparteien in Hessen korrigiert werden könne – "aber nur mit uns"²². Immer deutlicher wurde aber auch, dass Bundeskanzler Schröder diesen PDS-freundlichen Kurs, den der Parteivorsitzende Oskar Lafontaine nunmehr öffentlich unterstützt hatte, für die Außenwirkung der Bundesregierung sowie für die noch anstehenden Landtagswahlen für problematisch hielt. Auch von anderen prominenten SPD-Politikern wie den Ministerpräsidenten Kurt Beck und Gerhard Glogowski wurde Oskar Lafontaine deswegen kritisiert. Während diese beiden eine Kooperation mit der PDS generell klar ausschlossen, bestanden andere wie Renate Schmidt, Henning Scherf oder Ulrich Maurer darauf, dass die jeweiligen ostdeutschen Landesverbände autonom über ein Bündnis mit der PDS entscheiden sollten²³. Auch in der Öffentlichkeit wurde diese Debatte immer heftiger geführt. Die SPD geriet dabei immer mehr ins Fadenkreuz nicht nur der Kritiker einer Aufwertung der PDS, sondern auch von Beobachtern, die aus diesem ungeklärten Verhältnis Probleme für die Politikfähigkeit der SPD generell ableiteten. So schrieb ein Kommentar in der Süddeutschen Zeitung vom 3.3.1999: "Lafontaine erklärt die PDS gegen erklärten Widerstand aus seiner Partei und ohne weitere Debatte mit ihr für koalitionsfähig. Für diese Großzügigkeit wird nicht er, sondern die SPD insgesamt die Rechnung bezahlen müssen: In Wirklichkeit, also in Gesamtdeutschland, gibt es nämlich keine Mehrheit dafür, die PDS in Bundesangelegenheiten mitreden zu lassen. Wer sie einlädt, es dennoch hintenrum zu tun, spaltet die Idee der Einheit."²⁴

An der Frage des Verhältnisses zur PDS entzündete sich also die latent ohnehin seit der Bundestagswahl vorhandene Machtfrage innerhalb der SPD. Ein amtierender Bundeskanzler Gerhard Schröder, der mit neuem Wahlkampfstil erfolgreich versucht hatte, Wähler der "neuen Mitte" zur SPD zu ziehen, musste Standortdebatten wie diese immer mehr als ganz konkrete Gefährdung der eigenen politischen Position interpretieren. Insofern war es kein Zufall, dass Gerhard Schröder kurz nach dem Interview mit Oskar Lafontaine in der SPD-Bundestagsfraktion betonte, in der Bundespolitik bleibe es bei der bisherigen Haltung, mit der PDS nicht zusammen zu arbeiten. Er verwies ebenfalls auf "prinzipielle Unterschiede" zwischen SPD und PDS etwa in der Wirtschafts- oder Außen- und Sicherheitspolitik. Für seine Äußerung, diese Unterschiede dürften nicht verdeckt werden, bekam er offenbar Beifall der Abgeordneten. Auch der Fraktionsvorsitzende Peter Struck distanzierte sich von Äußerungen

²¹ Kunckel führt die sächsische SPD gegen Biedenkopf, in: FAZ, 1.3.1999.

²² Die PDS ist ein Machtfaktor, in: Der Spiegel, 9/1999, 1.3.1999.

²³ SPD uneins über Umgang mit PDS, in: Die Welt, 3.3.1999.

²⁴ Küpper, Mechthild: Lafontaine, der Spalter, in: Süddeutsche Zeitung, 3.3.1999.

Lafontaines und Schreiners zu diesem Thema²⁵. Damit wurde die Diskrepanz in der SPD-Führung nach außen offensichtlich gemacht. Dabei nutzte es wenig, dass Oskar Lafontaine nach einer Präsidiumssitzung der SPD bestritt, dass die SPD einen neuen Kurs gegenüber der PDS einschlage. Dennoch konnte die Debatte zu dieser Zeit dadurch nicht beruhigt werden. So unterzeichneten prominente Mitglieder der Gruppe "neue Mitte", unter anderen Markus Meckel, Stefan Hilsberg und Richard Schröder eine Erklärung, in der es heißt: "Die SPD darf eine Etablierung der PDS als gesamtdeutsche linke Kraft nicht befördern"²⁶. Erneut fanden die Äußerungen Lafontaines und Schreiners große Kritik in der Öffentlichkeit – lediglich die PDS begrüßte diesen Weg. So sah der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky diese Positionen und das Abrücken von der Dresdner Erklärung als "Schritt in die richtige Richtung", da er die Realitäten anerkenne. Langfristig, so Bisky, werde es in Deutschland ohne die PDS keine Mehrheit links von CDU und FDP geben. Weiterhin forderte er die SPD zur außerparlamentarischen Kooperation in Ost und West auf²⁷. Dies unterstreicht erneut, für wie zentral die Aufwertung der PDS durch die SPD für die PDS-Führung gehalten wurde und dass eine Etablierung der PDS im gesamtdeutschen Parteiensystem in den Augen der PDS-Führung nur mit Hilfe der SPD möglich sein dürfte. Deutlich wurde ebenfalls, dass sich die PDS in einer Position bislang nie bekannter Stärke sah. Dies wurde sicher auch noch dadurch bekräftigt, dass erneut Forderungen auftauchten, die PDS bei der Bundestagskommission zur Kontrolle der Geheimdienste zu beteiligen. So sprach sich zeitgleich mit dieser Debatte nun auch der rechtspolitische Sprecher von Bündnis90/Die Grünen im Bundestag, Volker Beck, für die Beteiligung der PDS bei der Kontrolle der Geheimdienste aus. Dies sei, so Beck, ein Gebot parlamentarischer Fairness. Dementsprechend müsste die Zahl der Sitze in diesem Gremium so erhöht werden, dass auch die PDS vertreten sei. Er sprach sich zwar gegen eine Koalition mit der PDS aus, die PDS solle aber als normale Oppositionsfraktion mit allen parlamentarischen Rechten korrekt behandelt werden²⁸.

Innerhalb der SPD schwelte der Konflikt jedoch weiter. Zwar bemühte sich die Parteiführung, die Debatte zu beenden, über die Medien wurde jedoch weiterer Konfliktstoff kolportiert. So wurde berichtet, dass aus der Umgebung des Bundeskanzlers verlautete, der Kanzler sei wütend über Lafontaines Vorstoß. Aus dem Kabinett wurden Stimmen zitiert, der Vorstoß Lafontaines sei "unprofessionell". Lafontaine sei ein "Besserwisser", der von seinen eigenen Schwierigkeiten ablenken wolle. Aus dem Kanzleramt wurde eine Stimme zitiert: "Lafontaine ist in den Kabinettssitzungen ebenso schlecht vorbereitet wie auf Pressekonferenzen. Er ist in seinem Amt überfordert." Eine weitere Stimme: "Oskar Lafontaine will den Kanzler mit seinen Avancen an die PDS links einmauern, und Schröder lässt sich das nicht mehr gefallen"²⁹. Es deutete also immer mehr darauf hin, dass sich anhand der Frage des Verhältnisses zur PDS innerhalb der SPD die Führungs- und Machtfrage weiter zuspitzen würde. Allerdings wollte auch Bundeskanzler Gerhard Schröder eine künftige Zusammenarbeit mit der PDS im Bundesrat nicht ausschließen. Seine Begründung lautete, dass man im Bundesrat nicht mit einer Partei, sondern mit einem Land zusammenarbeite. Damit ließ sich also auch Schröder während dieser Debatte eine Hintertür im Verhältnis zur PDS offen³⁰.

²⁵ Schröder bekräftigt "prinzipielle Unterschiede" zur PDS, in: FAZ, 3.3.1999.

²⁶ Lafontaine bestreitet Hinwendung zur PDS, in: Süddeutsche Zeitung, 2.3.1999.

²⁷ Lafontaine bestreitet Hinwendung zur PDS, in: Süddeutsche Zeitung, 2.3.1999.

²⁸ Grüne für PDS-Beteiligung an Geheimdienstkontrolle, in: Süddeutsche Zeitung, 2.3.1999.

²⁹ PDS-Frage entzweit Kanzler und SPD-Chef, in: Die Welt, 4.3.1999.

³⁰ SPD uneinig über PDS-Umgang, in: Die Welt, 8.3.1999.

Auch die Vizepräsidentin des deutschen Bundestages, Antje Vollmer von Bündnis90/Die Grünen, kritisierte die Hinwendung der SPD zur PDS. Sie sah die aktuelle Debatte als einen strategischen Fehler der SPD, in denen die Partei einen vermeintlich linken Konkurrenten unterstütze. Stattdessen hätte die SPD schon früher Mitglieder der SED und später der PDS integrieren müssen. Die Grünen hingegen, so Frau Vollmer, hätten ihr Verhältnis zur PDS deutlich erklärt. Die PDS habe ein rückwärts gewandtes und ressentimentgeladenes Milieu organisiert, das zu einer Partei wie den Grünen überhaupt nicht passe. Eine Zusammenarbeit der Grünen mit der PDS, aber auch mit einer SPD, die mit der PDS zusammenarbeite schloss sie klar aus³¹. In wie weit diese Haltung allerdings eine für die Grünen-Führung und das grüne Funktionärspotenzial wirklich repräsentative Haltung ist, muss dahin gestellt bleiben.

Innerhalb der SPD jedoch, so wurde gleichzeitig deutlich, war die Auseinandersetzung um das Verhältnis mit der PDS noch bei weitem nicht beendet. Wenige Tage darauf verkündete der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck, man werde versuchen, in der Länderkammer nicht auf die Stimmen von Mecklenburg-Vorpommern angewiesen zu sein. Der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Glogowski sagte, notfalls müsse man auch mit unionsgeführten Ländern oder der SPD/FDP-Koalition in Rheinland-Pfalz sprechen³². Dazu trug sicher auch bei, dass gleichzeitig ein Papier aus dem Umfeld der PDS-Bundestagsfraktion bekannt wurde, in dem die parlamentarische Strategie der PDS diskutiert wurde. Darin hieß es klar und deutlich: "Für die PDS ist die SPD langfristig der natürlichste, unmittelbare und beste Koalitionspartner." Die PDS bleibe, so wurde in dem Papier auch betont, eine im Osten verankerte Regionalpartei, habe aber im Bund als Minderheitenpartei die Chance, eine "Scharnierpartei" für die SPD und damit auch für deren mögliche Koalition, mit den Grünen plus FDP oder mit der FDP zu werden. Da die SPD die einmalige Chance habe, ihren Koalitionspartner zwischen Grünen, FDP und PDS je nach Bedarf im Einzelnen oder in verschiedenen Kombinationen zu wählen, komme für die PDS eine Frontal- oder Universalopposition gegenüber der SPD nicht in Frage. "Es läuft also für die PDS-Fraktion in diesem Sinne auf eine perspektivische Arbeitsteilung mit der SPD zum Zweck des Machterhalts für die SPD und der Erweiterung der Einflussnahme für die PDS hinaus"³³. In der öffentlichen Debatte musste ein solches Papier erneut unterstreichen, in wie weit die SPD in strategischen Planungen der PDS eine Rolle spielt und wie sehr das Zugehen führender Politiker der SPD auf die PDS diese strategische Positionierung unterstützte. Auch PDS-Bundesgeschäftsführer Bartsch unterstrich: "Im Bund wollen wir bis zur Wahl 2002 koalitionsfähig sein"³⁴. Der neue stellvertretende PDS-Vorsitzende und frühere Sozialdemokrat Dieter Dehm forderte, dass SPD und PDS endlich auch im Westen intensiver zusammenarbeiten müssten. Er kündigte politische Aktionen auf Kosten der "angepassten Grünen, die ihre beste Zeit hinter sich haben", an³⁵.

3. Der Rücktritt Oskar Lafontaines und die strategischen Folgen für die PDS

Nicht einmal ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl trat der SPD-Parteivorsitzende Oskar Lafontaine völlig überraschend zurück und kündigte seinen Rückzug aus der Politik an. Angesichts der Tatsache, dass Oskar Lafontaine einer der bedeutendsten und einflussreichsten SPD-Politiker der letzten Jahre gewesen war, der die Kooperation mit der PDS nicht nur legi-

³¹ Vollmer: Grüne standfest gegenüber der PDS, in: Die Welt, 8.3.1999.

³² In der SPD weiter Streit um die PDS, in: FAZ, 9.3.1999.

³³ Natürlichster, unmittelbarster und bester Koalitionspartner, in: FAZ, 9.3.1999.

³⁴ Die rote Kampfreserve, in: Focus, 10/1999, 8.3.1999.

³⁵ Auch auf Kosten der Grünen, in: Focus 10/1999, 8.3.1999.

timiert, sondern in jüngster Zeit auch offensiv vorangetrieben hatte, ist die betroffene Reaktion der PDS auf den Rücktritt des SPD-Vorsitzenden und sein Ausscheiden aus dem deutschen Bundestag verständlich. PDS-Vorsitzender Lothar Bisky nannte den Rücktritt eine "dramatische Richtungsentscheidung innerhalb der SPD". Der linke SPD-Flügel sei praktisch enthauptet und die Politik der sozialen Gerechtigkeit in Gefahr. "Linke und alternative Politik ist vorerst aus dem rot-grünen Regierungsprojekt herausgedrängt". Zugleich warnte Bisky die SPD davor, die Vereinbarungen beider Parteien in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zu brechen. Der Rücktritt Lafontaines zeige, dass nicht die Wähler entscheiden, wer Bundesfinanzminister bleibe, "sondern die großen Banken und Konzerne"³⁶. Der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi bemühte sich um eine etwas zurückhaltendere Interpretation und legte Wert auf die Feststellung: "Unsere Entscheidung, nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der SPD zu suchen, bleibt bestehen."³⁷ Führende PDS-Politiker traten geradezu die Flucht nach Vorne an. So sagte der Wahlkampfleiter der PDS Andre Brie auf einer Tagung der Thüringer PDS unter Hinweis auf den Rücktritt Oskar Lafontaines, 1999 werde ein "entscheidendes Schlüsseljahr mit beträchtlichen Möglichkeiten für die PDS". Die PDS habe Verbündete in der linken SPD. Für die SPD sei es eine Frage der Macht, dass sie einen Partner gewinne. Brie ging weiter davon aus, dass es künftig für die SPD in Deutschland keine strukturelle Mehrheit mehr ohne die PDS geben werde. Vor allem auf die Europawahl am 13. Juni 1999 setze er große Hoffnungen: Dort werde mit der PDS "endlich die sozialistische Linke in Deutschland Fuß fassen". Er forderte die Thüringer PDS auf, zur Ablösung der CDU-Regierung eine Zusammenarbeit mit der SPD einzugehen³⁸. Die Schweriner PDS-Fraktionsvorsitzende Angelika Gramkow sah den Rücktritt Lafontaines auch als Chance für die PDS, sich als sozialistische Partei links von der SPD zu profilieren. "Wir haben jetzt gute Chancen, uns als linke Reformpartei neben der SPD darzustellen". Sie bot weiter die Unterstützung Schröders durch die PDS an: "Will er eine sichere Mehrheit für linke Politik. Die kann er durch Unterstützung Mecklenburg-Vorpommerns im Bundesrat haben, durch linke Mehrheiten in Sachsen-Anhalt und nach der Landtagswahl im Herbst auch in Thüringen." Auch für die weitere Zusammenarbeit in der Schweriner SPD/PDS-Koalition erwartete sie nach Lafontaines Rücktritt keine negativen Folgen³⁹. Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch betonte ebenfalls: "Wir sind jetzt die einzige linke Reformkraft. Die Grünen werden diese Rolle nicht ausüben können." Er erwarte, dass Schröder nach den anstehenden Landtagswahlen auch weiterhin mit der PDS reden wolle und dass die PDS für eine Zusammenarbeit zur Verfügung stehe. "Gerhard Schröder ist ein Machtmensch, der mit den Gewinnern redet, nicht mit den Verlierern." Er ging weiterhin davon aus, dass das Interesse der SPD an der PDS wachsen könne, wenn sie ein potenzieller Mehrheitsbeschaffer im Bundestag wäre.⁴⁰

Kurz nach dem Rücktritt Lafontaines einigten sich nun auch die anderen Bundestagsfraktionen darauf, dass die PDS keinen Sitz in der Kontrollkommission des Bundestag zur Kontrolle der Geheimdienste bekommen werde. Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Wilhelm Schmidt, sagte zur Begründung, dass der Versuch der Beschäftigung des früheren DDR-Topspions Reiner Rupp gezeigt habe, "dass Misstrauen gegenüber der PDS weiterhin angebracht ist"⁴¹. Die Haltung der PDS gegen den NATO-Einsatz in Ex-Jugoslawien führte beim Parteivorsitzenden Lothar Bisky zu der Einschätzung, dass das Ver-

³⁶ PDS bangt um Kooperation mit der SPD, in: Die Welt, 13.3.1999.

³⁷ PDS bangt um Kooperation mit der SPD, in: Die Welt, 13.3.1999.

³⁸ Brie fordert Thüringer PDS zur Zusammenarbeit mit SPD auf, in: FAZ, 15.3.1999.

³⁹ Schweriner PDS bietet Schröder linke Mehrheit im Bundesrat an, in: Die Welt, 16.3.1999.

⁴⁰ Die PDS baut jetzt auf Schröder, in: Die Welt, 17.3.1999.

⁴¹ PDS bekommt keinen Sitz in der Kontrollkommission, in: Süddeutsche Zeitung, 18.3.1999.

hältnis der PDS zur SPD in den letzten Wochen eine "Bombenschädigung" erfahren habe. Wegen dieser Haltung, aber auch wegen des Rücktritt Lafontaines hätte die PDS einen Mitgliederzuwachs von 276 neuen Mitgliedern erfahren⁴². Hält man sich vor Augen, dass dieser vermeintliche Zuwachs den langfristigen Rückgang der Parteimitgliedschaft nicht im Geringsten aufhalten konnte, so scheinen auch diese Äußerungen eher als Trotzreaktion gegenüber der neuen Situation zu verstehen sein. Der stellvertretende PDS-Vorsitzende Dieter Dehm ging sogar so weit zu sagen: "Die SPD und auch die Grünen sind auf Bundesebene derzeit für uns nicht mehr koalitionsfähig"⁴³. Aber selbst in dieser Situation arbeitete die PDS in den einzelnen Bundesländern weiterhin auf eine Koalition mit der SPD zu. So betonte fast gleichzeitig der sächsische PDS-Vorsitzende Peter Porsch, dass eine Koalition mit der SPD nach der Landtagswahl nicht endgültig auszuschließen sei⁴⁴. Einzelne SPD-Landesverbände beurteilten diese Bereitschaft jedoch viel skeptischer. So betonte die Brandenburger SPD, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Haltung der PDS zum Kosovo-Einsatz der NATO und einer Reise des Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi nach Belgrad, dass (so der SPD-Landesvorsitzende Reiche) die PDS im Gegensatz zur Union gegenwärtig nicht koalitionsfähig sei⁴⁵.

Anlässlich der Diskussion um die NATO-Einsätze im Kosovo und in Ex-Jugoslawien verschärfte sich jetzt auch der Ton zwischen PDS und SPD wieder. So forderte der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky am 10.4.1999 von der SPD, sich gegen die NATO-Angriffe auf Jugoslawien auszusprechen, andernfalls hätte dies Konsequenzen für die Koalition in Mecklenburg-Vorpommern⁴⁶. Gleichzeitig kündete die PDS an, sie wolle nun doch für die Bundespräsidentenwahl vom 23.5.1999 einen eigenen Kandidaten aufstellen. Zuvor hatte die PDS angekündigt, keinen eigenen Kandidaten zu präsentieren, sondern einen der Bewerber der beiden großen Parteien zu unterstützen. Nun rückte sie davon ab, da, wie PDS-Sprecher Hanno Harnisch formulierte, die PDS als "Antikriegspartei" keinen Kandidaten "Krieg führender Parteien" wählen könne. Auch die Fraktionsvorsitzende der PDS im Mecklenburg-Vorpommerschen Landtag, Angelika Gramkow, so wie die Spitzenkandidatin der PDS für die Thüringer Landtagswahl, Gabriele Zimmer, bezeichneten jeweils für ihre Länder die SPD als "Krieg führende Partei" und formulierten ihre Bedenken für die weitere Kooperation mit der SPD⁴⁷.

Diese Verschärfung des Tones und die Abgrenzung gegenüber der SPD war zum einem sicherlich eine kurzfristige Reaktion auf die neue strategische Lage nach dem Rücktritt Oskar Lafontaines als Parteivorsitzender der SPD, die sich für die PDS und ihre kurz- sowie mittelfristige Machtperspektive deutlich ungünstiger entwickelt hatte. Gleichzeitig zeigt diese Reaktion aber auch, inwieweit die PDS damit auf ihre durch die Medien transportierte Wirkung in der Öffentlichkeit zielte. Seit langem war unübersehbar, dass Vorstöße der PDS und vor allem ihrer Spitzenpolitiker, allen voran Gregor Gysi, eine zum Teil weit überproportionale mediale Wirkung genossen als die anderer Parteien. Von daher scheint es auch plausibel, dass die PDS diesen Einfluss auch dazu nützen wollte, die SPD über ihren medialen Einfluss unter Druck setzen zu wollen, um zu verhindern, dass eine neue SPD-Führung, die nur von Gerhard Schröder dominiert werden konnte, als strategische Option für die Partei ausschied und damit

⁴² 276 neue PDS-Mitglieder in 2 Wochen, in: FAZ, 9.4.1999.

⁴³ PDS rückt von Sozialdemokraten ab, in: Die Welt, 9.4.1999.

⁴⁴ PDS bereitet Wahlkampf vor, in: Die Welt, 10.4.1999.

⁴⁵ PDS will Aktion der europäischen Linken, in: FAZ, 13.4.1999.

⁴⁶ PDS fordert von SPD Nein zu Angriffen, in: Süddeutsche Zeitung, 13.4.1999.

⁴⁷ Spannungen zwischen PDS und SPD, in: FAZ, 14.4.1999.

die machtpolitische Positionierung der PDS geschwächt werden konnte. Interessant ist in der Tat, dass zur selben Zeit eine Studie des Instituts Medien Tenor bekannt wurde, die zu dem Ergebnis kam, dass die PDS quer durch die deutsche Presse- und Fernsehlandschaft eine paradoxe Sonderstellung genieße. Die PDS sei nämlich, so das Ergebnis dieser Studie, überdurchschnittlich in den Medien präsent und damit privilegiert. Zugleich sei diese Berichterstattung äußerst einseitig: Es werde überproportional über die PDS berichtet, aber kaum über deren Positionen zu Sachthemen. Stattdessen werde überdurchschnittlich viel über ihren Spitzenmann Gregor Gysi mitgeteilt. In manchen Presseorganen erreichte die PDS gar die höchste Zahl an positiven Bewertungen aller deutschen Parteien⁴⁸. Vor diesem Hintergrund kam es nicht überraschend, dass die PDS-Führung diesen Vorteil gezielt dazu einsetzte, ihre strategische Positionierung im deutschen Parteiensystem zu verbessern. Unübersehbar erwuchs aus dieser Konstellation aus der PDS-Führung immer neues Selbstbewusstsein, was sich allerdings in ihrem Verhältnis zur SPD nicht immer unproblematisch gestaltete.

Insbesondere die harte Reaktion der PDS auf die Haltung der Bundesregierung zur Beteiligung deutscher Truppen am NATO-Einsatz gegen Jugoslawien, aber vor allem der umstrittene Besuch Gregor Gysis bei Slobodan Milošević in Belgrad Mitte April 1999 unterstrichen, dass dadurch die Belastungen in den Beziehungen zur SPD weiter wachsen würden. So rief dieser Besuch insbesondere gespaltene Reaktionen bei der SPD in Thüringen hervor, wo es für den Parteivorsitzenden Richard Dewes im wachsenden Maße schwieriger wurde, seinen PDS-freundlichen Koalitionskurs im Hinblick auf die Landtagswahlen im September des selben Jahres durchzuhalten und dabei die kritischen Stimmen aus der eigenen Partei unter Kontrolle zu halten⁴⁹. So wurde beispielsweise gleichzeitig auch ein Antrag dreier PDS-Abgeordneter in Mecklenburg-Vorpommern nach Beendigung der NATO-Luftangriffe auf Jugoslawien mit den Stimmen der SPD und CDU-Opposition gegen die PDS-Fraktion abgelehnt⁵⁰. Eine noch größere Niederlage in der Öffentlichkeit (und damit auch in der Medienwirkung der PDS und Gregor Gysis) musste die PDS bei der Kosovo-Debatte im deutschen Bundestag hinnehmen. Dort wurde die PDS und vor allem Gregor Gysi wegen seines Besuchs in Belgrad von allen Parteien und auch von den führenden SPD-Politikern heftig kritisiert⁵¹. In den Medien wurde dabei nicht nur immer wieder auf die Widersprüchlichkeit und Unglaubwürdigkeit der Politik im Allgemeinen hingewiesen, sondern auch betont, dass sich dadurch auch das Verhältnis zur SPD für die PDS deutlich problematischer gestalten würde. Insbesondere für die anstehende Landtagswahlen konnte sich die PDS dadurch immer weniger Bereitschaft seitens der SPD erhoffen, auf sie zuzugehen und sie als Partner zu akzeptieren. "Diese Politik der SED-Nachfolger verstärkt jene Kräfte in der SPD – wie die 'Neue Mitte' –, die eine Zusammenarbeit mit der PDS in den ostdeutschen Landtagen ablehnen und die PDS weiterhin ausgrenzen wollen"⁵². Auch der Wahlkampfstrategie der PDS, Andre Brie, äußerte sich nun skeptischer über eine mögliche Kooperation mit der SPD, wollte sie aber als Option auch nicht gänzlich ausschließen. So antwortete er auf eine Frage in einem Interview, ob es nun mit dem Bündnis zwischen PDS und SPD vorbei sei: "Es war kein Traum, sondern eine realistische Perspektive. Ich glaube, die gemeinsame Substanz auf Bundesebene verringert sich gerade der Art, dass ein Zusammengehen im Bund ausgeschlossen ist. Das hat auch mit dem Abtritt Oskar Lafontaines zu tun. Aber bis zu nächsten Bundestagswahl 2002 ist viel Zeit." Und zur Koalition mit der SPD in Mecklenburg-Vorpommern sagte er: "Ich bin gegen

⁴⁸ Das große Medienwunder, in: Focus 15/1999, 12.4.1999.

⁴⁹ Krieg führende Partei in Thüringen, in: FAZ, 17.4.1999.

⁵⁰ Schweriner Landtag lehnt Antrag der PDS zum Kosovokrieg ab, in: FAZ, 16.4.1999.

⁵¹ Zu viel Schmutz auf der weißen Weste, in: Süddeutsche Zeitung, 16.4.1999.

⁵² Winters, Peter Jochen: Ein Pyrrhussieg der PDS, in: FAZ, 19.4.1999.

einen Ausstieg aus der Koalition. Wir müssen die Landespolitik zum entscheidenden Kriterium machen. Und wir dürfen die Brücken in andere politische Parteien nicht abbrechen. Ohne SPD kann die PDS ihre Ziele doch nicht durchsetzen"⁵³.

Die PDS Mecklenburg-Vorpommerns bezeichnete dagegen am 20. April 1999 das politische Klima in der Koalition mit der SPD als "schwer belastet". Der Geschäftsführer der Landtagsfraktion, Harald Schoenenburg, kündigte sogar das Ende der Koalition mit der SPD für den Fall eines Einsatzes von Bodentruppen an⁵⁴. Außerdem machte die PDS nun ihre Ankündigung wahr, einen eigenen Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl aufzustellen. So stellte sie die 71-jährige Theologin Uta Ranke-Heinemann auf und demonstrierte damit ihre Entschlossenheit, sich zumindest symbolisch vom SPD-Kandidaten abzusetzen. Da ein eigener PDS-Kandidat ohnehin keine Chance auf eine Wahl hatte, ging diese Entscheidung natürlich über diesen symbolischen Wert nicht hinaus, zumal klar war, dass die PDS-Abgeordneten in der Bundesversammlung bei entscheidenden späteren Wahlgängen wohl kaum die CDU-Kandidatin würden unterstützen wollen⁵⁵. Der wichtigste Effekt dieser Entscheidung war wohl, dass die PDS dadurch ein Zeichen setzen wollte, jetzt gegenüber der SPD wieder etwas deutlicher auf Distanz gehen zu müssen. Als Beispiel sei ein Pressekommentar zu dieser Entscheidung zitiert: "Die PDS läuft keine Gefahr, dass ihre Kandidatin wirklich gewählt wird. Wenn die Partei aber mit der Aufstellung Ranke-Heinemanns ein Zeichen setzen wollte, so ist ihr das tatsächlich gelungen. Es besagt: Populismus und Taktik haben bei der PDS noch immer höchste Priorität"⁵⁶. Eine der prominentesten Befürworter einer Koalition mit der PDS, der thüringische Spitzenkandidat für die Landtagswahlen vom 12. September 1999, Richard Dewes, sah zwar die PDS als "Partei des Übergangs" und formulierte es als Ziel der SPD, über das Thema der sozialen Gerechtigkeit der PDS mittelfristig den Boden zu entziehen. Eine Koalition mit der PDS schloss er dennoch nicht aus⁵⁷. Kurz darauf stimmte die PDS in einem Ausschuss des Landtags von Sachsen-Anhalt trotz entgegengesetzten Beschlusses mit der SPD gegen ein Gesetz zur Einsparung bei Ausgaben der Kinderbetreuung, was kurzfristig eine Krise in der Tolerierung der SPD-Minderheitsregierung durch die PDS zur Folge hatte⁵⁸.

Wenige Tage später machte jedoch die PDS deutlich, dass sie wirklich substanzielle Gefährdungen der amtierenden Bundesregierung und damit auch der Aufrechterhaltung ihrer strategischen Optionen in dieser Konstellation nicht akzeptieren würde. So stimmte die SPD/PDS-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern am 19.5.1999 im Bundesrat für die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Die Zustimmung der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern war unerlässlich, um dieses neue Staatsbürgerschaftsrecht, einem der Eckpunkte der Rot/Grünen-Reformpolitik, umsetzen zu können⁵⁹. Deutlich wurde vor allem, dass bei aller ernst gemeinten und instrumentellen Kritik der PDS am NATO-Einsatz in Jugoslawien der Fortbestand der Bundesregierung und vor allem der Koalition mit der SPD in Schwerin Vorrang hatte. So appellierte der PDS-Vorsitzende Bisky auf dem PDS-Parteitag in Mecklenburg-Vorpommern Ende Mai 1999 an die Delegierten, die Koalition mit der SPD nicht zu gefährden. Auch der stellvertretende Ministerpräsident und Landesvorsitzende Hel-

⁵³ Erschreckende Passivität, in: Der Spiegel 16/1999, 19.4.1999.

⁵⁴ PDS: Politisches Klima schwer belastet, in: FAZ, 21.4.1999.

⁵⁵ Da kam die PDS gerade recht, in: Süddeutsche Zeitung, 24./25.4.1999.

⁵⁶ Fuhrer, Armin: Populismus und Taktik, in: Die Welt, 27.4.1999.

⁵⁷ Wir brauchen keine Partei links von der SPD, in: Die Welt, 4.5.1999.

⁵⁸ Belastungsprobe für Magdeburger Modell, in: Süddeutsche Zeitung, 14.5.1999.

⁵⁹ Bundesrat stimmt neuem Staatsbürgerschaftsrecht zu, in: Die Welt, 22.5.1999.

mut Holter forderte, trotz der schweren Belastung für das Bündnis mit der SPD diese Koalition nicht zu verlassen. "Damit würden wir uns auf Jahre hinaus die Zusammenarbeit mit der SPD verbauen". Die PDS könne ihren "gesellschaftskritischen, sozialistischen Charakter" auch innerhalb einer Regierung bewahren. Die Koalition mit der SPD sei historisch und politisch neu in Deutschland – "wer gibt uns das Recht, diesen Weg zu verlassen?"⁶⁰. Zugleich machte auch die PDS in Berlin deutlich, dass sie zu einer Koalition mit der SPD nach wie vor bereit wäre. Die Landesvorsitzende der PDS Petra Pau stellte ein Wahlprogramm vor, in dem es hieß: "Ein Regierungswechsel wird an der PDS nicht scheitern. Die PDS wird mit einer möglichen Koalition aus SPD und Bündnis/Grünen kooperieren, solange sie demokratische und soziale Reformen in Angriff nimmt, und gegen sie opponieren, sobald sie die bisherige Politik fortsetzt"⁶¹. Damit waren die Machtverhältnisse innerhalb der PDS und auch der Einfluss der Befürworter von Koalitionen in der PDS-Spitze wieder klar unterstrichen worden, auch wenn es zum Beispiel für Helmut Holter bei der Wahl zum Landesvorsitzenden in Mecklenburg-Vorpommern ein eindeutig schlechteres Stimmenergebnis gab als bei dem letzten Parteitag⁶². Allerdings gelang es der PDS kurz darauf in Schwerin erfolgreich, die SPD unter Druck zu setzen und ihr die Förderung von 1000 Stellen im Bereich der Jugend- und Schulsozialarbeit bis zum Jahr 2002 abzutrotzen. Auch bei dieser Frage war, wie berichtet wurde, die PDS bereit, gegebenenfalls die Koalitionsfrage zu stellen, was vor dem Hintergrund der laufenden Kosovo-Debatte offenbar die Bereitschaft zu Zugeständnissen gefördert haben mag⁶³.

Die PDS-Führung machte aber auch in Zukunft immer wieder deutlich, dass sie den Wettbewerb um die Stimmen auf der Linken durchaus für sich entscheiden möchte. Nach der Europawahl vom 13. Juni 1999, bei der die PDS 5,8% der Stimmen erhielt, sah Gregor Gysi die PDS als die "soziale Opposition im Bundestag". Gysi kritisierte insbesondere das Schröder-Blair-Papier und sagte, dieses Papier hätte mit sozialer Gerechtigkeit nichts mehr zu tun und bezweifelte den Erfolg einer solchen Politik. Damit griff er Oskar Lafontaines Kritik an Gerhard Schröder auf. Parteichef Lothar Bisky betonte noch einmal, dass sich seine Partei für die anstehenden Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen, Thüringen und Berlin alle Möglichkeiten von der Oppositionsrolle über eine Tolerierungspolitik bis hin zu Koalitionen offen gelassen habe. Im Hinblick auf das gute Abschneiden der PDS bei dieser Europawahl in einzelnen Bundesländern betonte Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch: "Die Frage der Hegemonie auf der linken Seite in den neuen Ländern ist noch nicht entschieden"⁶⁴. Die am selben Tag wie die Europawahl in Mecklenburg-Vorpommern stattfindenden Kommunalwahlen hatten teilweise enorme Verluste seitens der SPD, aber nur mäßige Gewinne bei der PDS und vor allem klare Gewinne bei der CDU zur Folge gehabt. Damit war deutlich, dass vor allem bei dieser Wahl die Sozialdemokraten in diesem Bundesland die eigentlichen Leidtragenden der Koalition mit der PDS geworden waren. Hingegen forderte der SPD-Vorsitzende Helmut Holter, dass nun auch auf kommunaler Ebene verstärkt SPD/PDS-Koalitionen gebildet werden müssten, "um Rot-Rot besser abzustützen"⁶⁵. Dieses Ergebnis war für Gregor Gysi sogar der Anlass, den Gedanken zu ventilieren, dass die PDS – für den Fall das sie in einem Land besser abschneiden sollte als die SPD – den Anspruch auf den Posten des Ministerpräsidenten erheben und sich dabei von der SPD unterstützen lassen könnte. Gysi unterstrich erneut, dass

⁶⁰ Wer gibt uns das Recht, diesen Weg zu verlassen?, in: FAZ, 31.5.1999.

⁶¹ Bisky und Pau setzen sich durch, in: FAZ; 31.5.1999.

⁶² Schlappe für PDS-Landeschef Holter, in: Die Welt, 31.5.1999.

⁶³ PDS setzt in Schweriner Koalition SPD erfolgreich unter Druck, in: Die Welt, 9.6.1999.

⁶⁴ PDS will von Zwist in der SPD profitieren, in: Die Welt, 15.6.1999.

⁶⁵ Die linke Umarmung, in: FAZ, 16.6.1999.

die PDS versuchen werde, die SPD unter ihrem neuen Vorsitzenden Gerhard Schröder von links unter Druck zu setzen. Die PDS stehe zur Bildung neuer rot-roter Koalitionen in den neuen Ländern auf jeden Fall bereit. Eine Zusammenarbeit, so Gysi, könne aber an der SPD scheitern, wenn diese den von Parteichef und Bundeskanzler Gerhard Schröder geforderten Weg einer "neoliberalen" Reform in der Sozialpolitik beschreiten sollte. "Eine solche Politik ist mit uns natürlich nicht zu machen". Er unterstellte, dass die SPD einen Sozialabbau betreiben wolle, der schlimmer als das sei, was sich CDU und FDP jemals ausgedacht hätten. "Darauf muss es eine linke Antwort geben – und hier wächst der PDS eine historische Aufgabe zu." Daraus versprach sich die PDS offenbar vor allem Rückenwind für die Stärkung ihrer Position im Westen⁶⁶. Dies wurde auch unterstrichen in einer Analyse der PDS Mecklenburg-Vorpommerns, die anlässlich interner Kritik an der Koalition mit der SPD in diesem Lande erstellt wurde. Neben Forderungen nach der Verbesserung des Profils der PDS-Minister in der Öffentlichkeit und der erfolgreichen Vertretung von Schwerpunktthemen wurde in diesem Papier betont, dass die Zusammenarbeit mit der SPD Ziel der PDS bleiben müsse. Zugleich wurde aber auf die Notwendigkeit der linken Unterscheidbarkeit hingewiesen: "Die Gewinnung linker sozialdemokratischer und anderer linker Kräfte wird jedoch nur gelingen, wenn wir uns von der zu erwartenden Rechtsentwicklung der SPD-Regierungspolitik in Bonn deutlich unterscheiden."⁶⁷

Deutlich wurde aber auch, dass sich die PDS-Führung weiterhin intensiv Gedanken darüber machte, auch das Wählerpotenzial der Grünen in den westlichen Bundesländern angreifen zu können. Anlässlich der Vorlage eines reformorientierten Papiers junger grüner Politiker Ende Juni 1999 unterstellte Gregor Gysi: "Die Truppen um Joschka Fischer bereiten eine Parteisäuberung vor". Grüne "Realos" drängen in die politische Mitte – die PDS sei natürlich an einem Teil der Grünen-Mitglieder interessiert. "Für die linke Klientel der SPD wie der Grünen sind wir als wahre Friedenspartei natürlich zunehmend interessant." Gysi machte sogar der linken Identitätsfigur der Grünen, Umweltminister Jürgen Trittin, ein Angebot, falls dieser von der eigenen Partei gekippt werden sollte. "Uns fehlt nach wie vor die kulturelle Verwurzelung im Westen, die Hemmschwelle linker Westler darf nicht unterschätzt werden." Die "Reinigung von Linken bei SPD und Grünen" käme deshalb der PDS einige Jahre zu früh. "Noch sind wir mit dem freiwerdenden Potenzial überfordert." Grundsätzlich sei seine Partei aber offen, auch für Jürgen Trittin⁶⁸.

Die selbe Argumentation wie der Bundesvorstand übernahm auch die Thüringer PDS auf ihrem Landesparteitag Anfang Juli 1999. Es wurde beschlossen, nach der Landtagswahl am 12. September die Mitglieder über den Umgang mit der SPD entscheiden zu lassen. Der PDS-Vorsitzende Hausolt verlangte, den öffentlichen außerparlamentarischen Druck auf die SPD zu erhöhen, damit sie sich von den "neoliberalen" Positionen des Schröder-Blair-Papiers entferne. Er konstatierte eine "Entsozialdemokratisierung" der SPD, während sich die Grünen zu einer "Neu-FDP" wandelten. Generell schloss er jedoch eine Koalition mit der SPD nicht aus. Er verwies auf die gemeinsamen Wurzeln der SPD und PDS und warb um SPD-Wähler. Zu allen Zeiten habe es Sozialdemokraten gegeben, die mit ihrer Partei nicht einverstanden gewesen seien. Dies sei auch heute so. "Vielfach gibt es auf kommunaler Ebene eine enge und verlässliche Zusammenarbeit von PDS und SPD im Interesse sozialer Zielsetzungen. Für Menschen, die innerhalb der SPD für eine solche Politik stehen, wäre eine generell Ausschlussklausel zur Zusammenarbeit unsererseits mehr als entmutigend."⁶⁹ Auf Seiten der SPD

⁶⁶ SED-Erben wollen die SPD im Osten an den Rand drängen, in: Die Welt, 18.6.1999.

⁶⁷ In der PDS wächst der Unmut über die Koalition, in: Die Welt, 28.6.1999.

⁶⁸ PDS will aus Streit Profit schlagen, in: Die Welt, 30.6.1999.

⁶⁹ Die Thüringer PDS legt sich noch nicht fest, in: FAZ, 5.7.1999.

ging die Debatte hingegen weiter. So traf sich Anfang Juli 1999 der Arbeitskreis Neue Mitte in Leipzig. Dort sprach sich Bundesgeschäftsführer Othmar Schreiner dafür aus, den Sozialdemokraten in Ostdeutschland freizustellen, mit welcher Partei sie in welcher Form zusammenarbeiten wollen. Andernfalls gerate die SPD in eine "unerträgliche Zerreißprobe" und eine "schier unlösbare Situation". Markus Meckel hingegen warnte erneut vor einer Kooperation mit der PDS. "Die Linke muss in der SPD ihren Ort erhalten und dafür nicht auswandern". Schreiner rief die SPD auf, in zentralen Politikfeldern wie Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit überzeugend aufzutreten. Zeige die SPD dabei Schwäche, werde die PDS gestärkt und stoße in diese Lücken hinein⁷⁰. Besonders überzeugend scheint diese Argumentation insofern nicht zu sein, als in den neuen Ländern bislang ein weit größerer Wähleraustausch zwischen SPD und CDU stattgefunden haben dürfte als etwa zwischen SPD und PDS.

4. Gestärktes Selbstbewusstsein und Wahlerfolge: Druck auf die SPD

4.1 PDS: Wachsender Druck von links

Auch in der nächsten Zeit gingen von der PDS immer wieder Signale aus, dass man zu einer Zusammenarbeit mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen weiterhin bereit sein würde. So kündete die Berliner PDS am 14. Juli 1999 an, nach der Wahl zum Abgeordnetenhaus im Oktober einen rot-grünen Senat tolerieren zu wollen. Eine direkte Koalition mit den beiden Parteien wollte die Landesvorsitzende Petra Pau aber noch nicht befürworten⁷¹. Und kurz darauf wurde deutlich, dass auch in Sachsen-Anhalt, wo die PDS seit 5 Jahren im "Magdeburger Modell" eine SPD-Minderheitsregierung tolerierte, die Zeichen eher hin auf eine formelle Koalition denn auf eine Abschwächung dieser Kooperation liefen. So sah sich dort die PDS durch den SPD-Finanzminister Wolfgang Gerhardt so stark in die gemeinsame Einsparpolitik eingebunden, dass die SPD als Gegenleistung für die Zustimmung der PDS zu Spargesetzen eine Erklärung über gemeinsame Ziele abgeben musste, die bereits als Vorform einer Koalition gewertet wurde⁷². Zugleich versuchte aber die PDS-Führung auch erneut, sich als programmatische Alternative links von der SPD zu präsentieren. Anfang August 1999 legte Gregor Gysi 12 Thesen vor, die für eine "Politik des modernen Sozialismus" stehen sollten und die ausdrücklich als Gegenposition zum Schröder-Blair-Papier gedacht waren. Ziel des Papiers sei, so Gysi, das "sozialdemokratische Zeitalter" gegen die Haltung von Schröder und Blair zu verteidigen⁷³. Auch dieses Papier ist durchdrungen von der Befürchtung, die Sozialdemokratie der Neuen Mitte oder des Dritten Weges "macht den Versuch, den neoliberalen Ansatz aufzunehmen und partiell zu korrigieren"⁷⁴. Dieses Papier ist jedoch wohl eher deswegen interessant, um die innere Entwicklung der PDS beleuchten zu können und weniger als ein wirkliches Grundlagendokument für eine Koalitionspolitik. Bei der Vorstellung des Textes wurde allerdings auch offen angesprochen, das Ziel solcher Papiere sei es, enttäuschte SPD-Wähler vom linken Flügel der Partei zur PDS abzuwerben⁷⁵. Außerdem spielte natürlich wieder eine Rolle, im linken Wählerpotenzial der alten Bundesländer das an zusätzlichem Zuspruch zu

⁷⁰ SPD streitet weiter über PDS, in: FAZ, 5.7.1999.

⁷¹ Berliner PDS will Rot-Grün tolerieren, in: FAZ, 15.7.1999.

⁷² Missglückte Entzauberung, in: Süddeutsche Zeitung, 24./25.7.1999.

⁷³ Gysis Antwort auf Schröder und Blair, in: FAZ, 2.8.1999.

⁷⁴ Das Papier ist im Original abgedruckt in: <http://www.sozialisten.de/1/zukunft/12thesen.htm>

⁷⁵ Die PDS will enttäuschte linke Wähler der SPD einfangen, in: Die Welt, 3.8.1999.

erlangen, was der PDS bislang strukturell fehlte, um stets sicher über die 5% Hürde kommen zu können. Dieses Papier ist also in jeder Hinsicht als taktische Maßnahme zu verstehen⁷⁶.

Das Drohpotenzial wurde kurz darauf noch durch Äußerungen Gregor Gysis erhöht. In einem Interview sagte er, wenn sich in der SPD die Richtung von Bundeskanzler Gerhard Schröder flächendeckend durchsetze, werde es "keine weiteren Koalitionen mit der PDS geben". Im Hinblick auf Mecklenburg-Vorpommern fügte er hinzu: "Wer in eine Regierung hineingeht, der muss auch die Kraft haben, wieder hinauszugehen." Die PDS werde ihre Regierungsmacht in Mecklenburg-Vorpommern nutzen, um das Sparpaket der Bundesregierung im Bundesrat zu Fall zu bringen⁷⁷. Auch diese Äußerungen scheinen eher dazu gedacht, um auf eine Stärkung des "linken" Einflusses hinzuwirken und womöglich SPD-kritische Linke zu einer Unterstützung der PDS zu motivieren. Wie sehr die PDS ihre Augen auf westdeutsches Wählerpotenzial richtete, wird auch an der fast gleichzeitigen Gründung von fünf Foren deutlich, um als PDS mit gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen in die Debatte treten zu können. Diese Foren sollten unter anderen die Entwicklung in Ostdeutschland, die Sicherheitspolitik, die soziale Sicherheit sowie Arbeit, Wirtschaft und Umwelt zum Inhalt haben. Gregor Gysi sagte, Vertreter interessierter Organisationen sollen zur Teilnahme in diesen Foren eingeladen werden. Die PDS wolle damit testen, wie es mit ihrer Akzeptanz außerhalb von Wahlen aussehe. Insbesondere bei Gewerkschaftsführen stellte Gysi eine "veränderte Wahrnehmung" gegenüber der PDS fest. Er betonte, zunehmend werde seine Partei auch benutzt als "Drohung gegenüber der SPD"⁷⁸. Auch die Einsetzung dieser Foren zu diesem Zeitpunkt macht deutlich, dass es sich dabei um ein weiteres Instrumentarium handelt, die Konkurrenz zur SPD zu verschärfen und in eine heftigere Auseinandersetzung um Wählerpotenzial an den Rändern der SPD einzutreten. Gleichzeitig mit dieser Ankündigung nach Suche von mehr bundespolitischen Profil wiederholte auch der Vorsitzende Lothar Bisky die Drohung, er sehe die Chancen für weitere Koalitionen mit der SPD schwinden⁷⁹. Der Hintergrund dieser Äußerung wird insbesondere dadurch deutlich, dass Lothar Bisky gleichzeitig im brandenburgischen Wahlkampf verkündete, er könne sich ein Ministeramt in einem Kabinett Stolpe vorstellen. Die PDS sei in Brandenburg zur Zusammenarbeit bereit, allerdings nur, "wenn die SPD die Weichen zu mehr sozialer Gerechtigkeit stellt"⁸⁰. Innerhalb der brandenburgischen SPD hielten sich die Befürworter einer Koalition mit der PDS allerdings in Grenzen. So plädierte nur eine Minderheit wie zum Beispiel die brandenburgische Arbeits- und Sozialministerin Regine Hildebrandt für den Fall des Verlustes der absoluten Mehrheit der SPD bei den Landtagswahlen für eine Zusammenarbeit mit der PDS. Für diese Äußerung wurde sie vom Landesvorsitzenden Steffen Reiche noch vor der Wahl öffentlich kritisiert⁸¹. Im Vorfeld der Landtagswahlen in Thüringen geriet die PDS geradezu in ein Dilemma. So wurden bei Umfragen für die Landtagswahlen am 12. September 1999 kurz zuvor für die PDS ein etwas höherer Wert wie für die SPD ermittelt. Dennoch erhob der dortige PDS-Vorsitzende Dietmar Hausolt nicht die Forderung, eine Koalition beider Parteien unter einem PDS-Ministerpräsidenten ins Amt zu wählen. Stattdessen ließ die Parteiführung offen, ob sie mit der SPD koalieren oder eine SPD tolerieren wollte. In jedem Fall war deutlich, dass man dem thüringischen SPD-Vorsitzenden Richard Dewes für das Amt des Ministerpräsidenten den

⁷⁶ Gysis Schafspelz, in: Süddeutsche Zeitung, 3.8.1999.

⁷⁷ Gysi sieht Basis schwinden für SPD/PDS-Koalitionen, in: Süddeutsche Zeitung, 9.8.1999.

⁷⁸ Die PDS will über die angestammten Milieus hinaus akzeptiert werden, in: FAZ, 31.8.1999.

⁷⁹ Chancen für Koalition mit SPD schwinden, in: Süddeutsche Zeitung, 31.8.1999; PDS sucht nach bundespolitischem Profil, in: Die Welt, 31.8.1999.

⁸⁰ Bisky kann sich ein Ministeramt in einem Kabinett Stolpe vorstellen, in: FAZ, 28.8.1999.

⁸¹ Scharfer Streit um Hildebrandts Vorliebe für PDS, in: Die Welt, 2.9.1999.

Vortritt lassen würde⁸². Allerdings soll nach Presseberichten aus den Reihen anderer PDS-Spitzenpolitiker Thüringens durchaus die Forderung geäußert worden sein, den Posten des Ministerpräsidenten anzustreben, falls die PDS bei der Landtagswahl die SPD überholen sollte⁸³.

Nach der Landtagswahl in Brandenburg vom 5. September 1999, bei der die PDS 4,6% hinzugewinnen konnte, war sich die PDS-Spitze aber zunächst uneinig über ein Koalitionsangebot an die SPD. Der Vorsitzende Lothar Bisky wertete das Brandenburger Wahlergebnis als Erfolg der PDS, die sich konsequent mit dem neoliberalen Kurs der rot-grünen Bundesregierung auseinander gesetzt und sich als "Partei der sozialen Gerechtigkeit" profiliert habe. Gregor Gysi und Fraktionsgeschäftsführer Dieter Bartsch empfahlen, die PDS solle sich auf das Angebot einer Koalition an die brandenburgische SPD beschränken. Lothar Bisky hingegen konnte sich auch andere Varianten einer Zusammenarbeit vorstellen. Als Erfolg wertete die PDS auch, dass sie in Brandenburg fünf Direktmandate gewonnen hatte. Aus dem Ergebnis leitete Bisky die Forderung an die brandenburgische SPD und deren Spitzenkandidat Stolpe ab, zusammen mit der PDS eine "große Koalition der sozialen Gerechtigkeit und moderner ostdeutscher Alternativen" zu bilden. In einem entsprechenden Beschluss des PDS-Vorstandes hieß es, die PDS sei zu einer solchen Zusammenarbeit mit "allem Verantwortungsbewusstsein bereit, wenn soziale Gerechtigkeit tatsächlich diese Zusammenarbeit bestimmen würde"⁸⁴. Nach der Landtagswahl in Brandenburg und dem Verlust von fast 15 Prozentpunkten für die SPD im Vergleich zu 1994 waren dort in der Tat zahlreiche Stimmen für eine Koalition mit der PDS zu hören. Letztlich konnten aber Ministerpräsident Manfred Stolpe und der Landesvorsitzende Steffen Reiche eine Entscheidung für eine große Koalition mit der CDU durchsetzen. Auch die Landtagswahl in Thüringen vom 12. September 1999 war letztlich für die PDS ein Enttäuschung, obwohl sie dort ebenfalls deutlich gewinnen konnte. Aber dadurch, dass die CDU die absolute Mehrheit der Mandate holte, war eine Koalition mit der SPD – in welcher Konstellation auch immer – in unerreichbare Ferne geraten. Der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky äußerte nach dieser Serie von Landtagswahlen sogar Besorgnis über das schlechte Abschneiden der SPD. Langfristig wollte er sogar eine Zusammenarbeit mit der CDU nicht ausschließen. Angesichts des Kurses der rot-grünen Koalition sei eine Situation vorstellbar, dass es Zeichen in der CDU mit mehr sozialdemokratischen Traditionen gibt als die SPD. Vorläufig wolle die PDS aber an einer Zusammenarbeit mit der SPD festhalten. "Allein wird die PDS einen Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit nicht schaffen". Bisky hoffte, dass die SPD "unter den harten Schlägen der Wähler" Kurskorrekturen vornehmen könne⁸⁵.

Offensichtlich war bei der PDS trotz der Erfolge bei den Landtagswahlen die Enttäuschung über mangelnde weitere Regierungsbeteiligungen so groß, dass Bisky diesen Versuchsballon mit der CDU startete. Dies war aber wohl nur der Enttäuschung darüber zu verdanken, dass der PDS in der Tat nur die SPD als Partner zur Verfügung steht und gleichzeitig die SPD von diesen Annäherungskurs an die PDS oder gar den Koalitionen mit der PDS bislang offensichtlich nicht profitieren konnte. Wenige Tage später äußerte sich Lothar Bisky denn auch schon weitaus moderater: Er bot der SPD in den neuen Bundesländern weitere Zusammenarbeit an und kündigte der CDU eine harte Opposition an. Das Wahlergebnis in Thüringen sah er erneut als Ergebnis der rot-grünen Politik seit der Bundestagswahl. Die PDS trage als

⁸² Mit einem etwas anderen Verständnis von Demokratie, in: FAZ, 4.9.1999.

⁸³ Erfurt: PDS strebt Posten des Ministerpräsidenten an, in: Die Welt, 8.9.1999.

⁸⁴ PDS uneins über Angebot an SPD, in: FAZ, 7.9.1999.

⁸⁵ PDS denkt an Kooperation mit CDU, in: Süddeutsche Zeitung, 14.9.1999.

"Partei der sozialen Gerechtigkeit" nun mehr und mehr Verantwortung. Sie wolle aber der SPD in den östlichen Ländern ein "stets fairer und berechenbarer Partner" bleiben⁸⁶. Auch bei der Landtagswahl in Sachsen erzielte die PDS ein besseres Ergebnis als die SPD und wurde zur zweitstärksten Partei im Landtag. Aber schon vor der Landtagswahl wurde seitens der PDS im Land Sachsen deutlich gemacht, dass es nicht im strategischen Interesse der Partei liege, gegenwärtig die SPD zu überrunden, da dies Regierungsbildungen mit den Sozialdemokraten erschweren würde⁸⁷. Allerdings zeigte das Auftreten der PDS durchaus Auswirkungen auf die SPD. So warnten Ende September 1999 Bundestagsabgeordnete vom linken Flügel der SPD davor, "die linke Flanke des Parteienspektrums für die PDS" frei zu machen, so der Bundestagsabgeordnete Klaus Barthel. Auch Detlef von Larcher, Sprecher der parlamentarischen Linken im Bundestag, betonte: "Wenn es der rot-grünen Regierung nicht gelingt, zu zeigen, wie wir die Arbeitslosigkeit bekämpfen wollen, könnte es sein, dass die PDS auch davon im Westen profitiert". Aus diesem Flügel wurde auch die Befürchtung geäußert: "Wenn sich bei enttäuschten Sozialdemokraten, Gewerkschaftern oder Mitgliedern von Sozialverbänden eine Bewegung durchsetzt, die meint, sie müsse die SPD von links unter Druck setzen, wird die PDS in beiden Teilen Deutschlands Fuß fassen". Und Barthel befürchtete sogar: "Irgendwann könnten sich auch frustrierte SPD-Funktionäre oder Gewerkschafter für die PDS engagieren."⁸⁸ Auch wenn derartige Äußerungen aus Eigeninteresse getätigt sein sollten, so machen sie doch deutlich, dass es für die PDS in diesem Spektrum in der Tat reale, zumindest theoretische Ansatzpunkte für mögliche Abwerbungen gibt. Es verwundert daher auch nicht, dass Exponenten dieser Richtung innerhalb der SPD den Konkurrenzdruck durch die PDS dazu instrumentalisieren wollten, Linksverschiebungen bei politischen Inhalten durchzusetzen. Die Wahlerfolge der PDS in den neuen Bundesländern und beispielsweise das Ergebnis in Sachsen haben möglicherweise auch gezeigt, dass dort in einer Konstellation, in der die Union auf der einen Seite für eine erfolgreiche Politik der Modernisierung und des wirtschaftlichen Wachstums und die PDS auf der anderen Seite für die Verlierer steht, für die SPD dazwischen möglicherweise immer weniger Platz existiert⁸⁹. Allerdings zeigt sich daran wiederum für die SPD das Dilemma, dass es für sie sehr schwierig werden könnte, sich als Regierungspartei bei andauernder Konkurrenz zu einer starken PDS ebenfalls als Partei der Verlierer und Benachteiligten zu profilieren.

Aber auch weitere prominente SPD-Politiker erhoben nach den zum Teil katastrophalen Ergebnissen bei diesen Landtagswahlen die Forderung, wieder etwas auf die PDS zuzugehen. So plädierte der Stellvertretende SPD-Vorsitzende und Bundestagspräsident Wolfgang Thierse dafür, für die SPD das Thema soziale Gerechtigkeit zurück zu erobern⁹⁰. Die Tatsache, dass es die PDS trotz der guten Wahlergebnisse aber in keine neue Regierungsbeteiligung geschafft hat, wurde nach außen scheinbar problemlos verarbeitet. So erwartete Lothar Bisky von der Entscheidung der SPD in Brandenburg, ein Bündnis mit der CDU vorzuziehen, sogar eine weitere Stärkung seiner Partei in Berlin. Für Bisky fiel die SPD mit ihren Bekenntnissen zu großen Koalitionen als eigenständige politische Kraft aus. Sie gerate immer mehr in den Verdacht, "nur im Schlepptau der CDU zu stehen. Genau das wird uns sehr viel Zuwachs bringen"⁹¹. In Thüringen, wo die CDU bei der Landtagswahl die absolute Mehrheit der Mandate erreichte und die PDS mit 21,4% zweitstärkste Kraft geworden war, war die Enttäu-

⁸⁶ PDS bietet SPD weitere Zusammenarbeit an, in: FAZ, 16.9.1999.

⁸⁷ Erfolgreiche Schuhputzer, in: FAZ, 17.9.1999.

⁸⁸ SPD-Linke fürchtet Ausdehnung der PDS, in: Die Welt, 21.9.1999.

⁸⁹ So auch: Möller, Johann-Michael: Die PDS auf dem Vormarsch, in: Die Welt, 21.9.1999.

⁹⁰ Auch der Kanzler macht einen Lernprozess durch, in: Süddeutsche Zeitung, 22.9.1999.

⁹¹ Politik paradox: Gregor Gysi liebäugelt mit der CDU, in: Die Welt, 28.9.1999.

schung groß, weil es dennoch nicht zu einer Koalition mit der SPD gereicht hatte. Der PDS-Landesvorsitzende Hausolt betonte nach der Landtagswahl, für eine wirksame Oppositionspolitik benötige die PDS die SPD zwar nicht. Aber "unsere politische Strategie muss darauf gerichtet sein, die kommenden 5 Jahre zu nutzen, eine politische Mehrheit links von der CDU zu erreichen". Die Ablösung der CDU werde auch in 5 Jahren nur mit einer abermals gestärkten PDS möglich sein. Er machte auch deutlich, dass man die SPD in die Verantwortung für die Regierungsübernahme bei den nächsten Landtagswahlen nehmen wolle. In der SPD brach daraufhin erneut ein Konflikt zwischen Befürwortern und Gegnern einer Kooperation mit der PDS bei den Landtagsabgeordneten aus⁹².

4.2 Erosion am linken Rand: Übertritte als reale Gefahr

Von großer Symbolwirkung war auch der Übertritt des SPD-Bundesabgeordneten Uwe Hixsch aus Coburg von der SPD zur PDS im September 1999. Hixsch war einer der acht Autoren, die in einem Gegenpapier das Schröder-Blair-Papier sowie das Sparpaket der SPD-Bundesregierung kritisiert hatte. Hixsch begründete seinen Entschluss damit, dass er den Kurs von Bundeskanzler Gerhard Schröder nicht mittragen könne. "Ich kann nicht Mitglied einer Partei sein, die in der Mitte steht. Ich bin links und bleibe links." Damit war Hixsch das erste spektakuläre Beispiel dafür, wie es der PDS mit ihrer Kritik am Kurs der Bundesregierung gelingen kann, frustrierte Funktionäre vom linken Flügel auch der Sozialdemokraten zu ihnen zu holen⁹³. Hixsch bezweifelte auch, dass es ihm gelingen würde, die PDS sozialdemokratischer zu machen. Aber da manche in der SPD nur noch die Sprache der Macht verstünden, sei es wichtig, im Westen eine starke PDS mit Wahlergebnissen "so zwischen 5 und 10%" aufzubauen, damit sich die SPD wieder der sozialen Belange stärker bewusst werde. Er wolle jedenfalls mithelfen, dass die PDS Heimat linker Sozialdemokraten werden könne. Dazu müsse die PDS sich "ihrer schwierigen Vergangenheit" stellen, sie müsse aber auch "in der Mitte der Gesellschaft" verankert werden. Mit Hixschs Übertritt erhöhte sich die Zahl der PDS-Abgeordneten im deutschen Bundestag mit westdeutscher Herkunft von 10 auf 11 gegenüber 26 Abgeordneten aus der ehemaligen DDR. Neben Hixsch war zu diesem Zeitpunkt noch Fred Gebhard als prominenter ehemaliger Sozialdemokrat für die PDS im Bundestag, der 13 Jahre lang hessischer Landtagsabgeordneter und 11 Jahre SPD-Vorsitzender in Frankfurt am Main gewesen war. Zwei der aus dem Westen kommenden PDS-Abgeordneten hatten sich früher bei den Grünen engagiert: Die Abgeordnete Ulla Jelpke war für die grün-alternative Liste in den 80er-Jahren Mitglied in der Hamburger Bürgerschaft gewesen und schon 1990 zur PDS gestoßen – die Abgeordnete Lippmann-Kasten war für die Grünen von 1994 bis 1998 im niedersächsischen Landtag und wechselte erst 1998 zur PDS⁹⁴. Das Beispiel von Uwe Hixsch fand keine unmittelbaren Nachahmer in der SPD. Allerdings nahm dies der Sprecher des linken "Frankfurter Kreises" der Bundestagfraktion, Detlef von Larcher, zum Anlass, zu fordern, die SPD müsse nun verstärkt linke Vorstellungen berücksichtigen. Der SPD-Vorsitzende Schröder solle sich stärker um die Parteilinke kümmern und deren programmatische Forderungen aufnehmen⁹⁵. Umgekehrt nahm Lothar Bisky den Wechsel zum Anlass, offen für weitere Übertritte zu werben. Er bot all jenen SPD-Mitgliedern eine neue politische Heimat, die mit dem Kurs von Bundeskanzler Gerhard Schröder unzufrieden seien.

⁹² Müller, Claus Peter: Die PDS sucht nach einer Mehrheit links von der CDU. Die SPD will bis Mittwoch den Neuanfang schaffen in: FAZ, 20.9.1999.

⁹³ SPD-Aussteiger denkt an Wechsel zu PDS, in: Die Welt, 29.9.1999.

⁹⁴ Hixsch will PDS im Westen stärken, in: FAZ, 30.9.1999.

⁹⁵ PDS heißt SPD Überläufer Hixsch willkommen, in: Die Welt, 3.9.1999.

Türen und Fenster seiner Partei seien "weit geöffnet für frischen Wind und neue Mitglieder". So forderte er ganz konkret die frühere Sozialministerin von Brandenburg, Regine Hildebrandt, die dem neuen Kabinett der großen Koalition in Brandenburg nicht mehr angehören wollte, zum Übertritt auf⁹⁶. Auch bei der Wahl des neuen Vorstandes der SPD-Landtagsfraktion in Thüringen setzten sich die Gegner des früheren Landesvorsitzenden Dewes und damit die Gegner einer Kooperation mit der PDS durch. Allerdings erhielten diese auch hohe Stimmenzahlen bei den Vorstandswahlen, was darauf hindeutet, dass die Fraktion in dieser Frage gespalten war und dies auch weiter bleiben würde⁹⁷.

In einem Interview wiederholte Gregor Gysi kurz darauf nicht direkt diese Aufforderung zum Übertritt von SPD-Abgeordneten zur PDS. Er bekräftigte aber die allgemeine Position gegenüber der SPD. Er betonte, die PDS sei gut beraten, ihr eigenes Profil zu bewahren. Dazu gehöre aber auch, "wichtige sozialdemokratische Traditionen mitzudenken und mitzufühlen" – vor allem dann, "wenn führende europäische Sozialdemokraten wie Schröder und Blair glauben, dass ihre Parteien nur eine Zukunft haben, wenn sie sich entsozialdemokratisieren." Und weiter: "Die SPD muss sich von der Vorstellung lösen, sich ausschließlich um die Mitte kümmern zu können, weil ihr die Linken automatisch zuflögen." Und auch die Frage, ob sich die PDS nun als linker Ersatzflügel der SPD geriere, sagte Gysi: "Wir machen unsere eigene Politik, aber die alten SPD-Positionen in Erinnerung zu bringen gehört auch zu einer parlamentarischen Demokratie."⁹⁸ In einem anderen Gespräch forderte Gysi die SPD auf, über ihren Kurs nachzudenken. Der Partei von Bundeskanzler Gerhard Schröder sollte es zu denken geben, dass ein abtrünniges Mitglied der Partei davon ausgehe, "linke sozialdemokratische Politik besser in der PDS vertreten zu können als in der SPD". Viele Bürger sehen in der SPD nicht mehr die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Zur Zeit komme die SPD im Bund für die PDS nicht als Partner in Frage, sagte Gysi. "Die Gemeinsamkeiten zwischen beiden Parteien nehmen stündlich ab." Wirkliche Veränderungen in der Gesellschaft und mehr soziale Gerechtigkeit setzten eine "Mitte-Links Option" voraus, die die rot-grüne Bundesregierung nicht biete. In den neuen Bundesländern werde es dagegen mit Sicherheit zu weiteren Kooperationen zwischen PDS und SPD kommen⁹⁹. Die offizielle Aufnahme von Uwe Hixsch in die PDS-Fraktion am 5. Oktober 1999 hatte zwar keine weiteren Übertritte von Politikern der SPD zur PDS zur Folge. Gleichzeitig wurde aber bekannt, dass Anfang Oktober 1999 ein ehemaliger SPD-Bundestagabgeordneter, der frühere Berliner Rechtsanwalt Kurt Neumann, Mitarbeiter der PDS-Fraktion wurde. Neumann hatte 1994 für die SPD in Berlin-Kreuzberg das Direktmandat zum Bundestag gewonnen, war aber zwei Jahre später wegen der Veruntreuung von Mandantengeldern verurteilt und aus der SPD ausgeschlossen worden. Bis zum Ende der Legislaturperiode im Herbst 1998 war er als fraktionsloser Abgeordneter im Bundestag geblieben. Bei der PDS-Fraktion war er als Fraktionsmitarbeiter zu diesem Zeitpunkt mit Rechtsfragen befasst¹⁰⁰.

Immerhin sprach sich aber nun gleichzeitig der frühere SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine öffentlich für eine SPD-PDS-Koalition im Bund aus. In seinem spektakulären Buch "Das Herz schlägt links", das in Vorabdrucken in der Presse weit verbreitet worden war, betonte er, er halte es nicht nur für richtig, die PDS in Ostdeutschland an Landesregierungen zu beteiligen. Er schrieb sogar: "Ich hätte auch keine Probleme, die PDS an der Bundesregierung zu

⁹⁶ PDS umwirbt die SPD: Offen für neue Mitglieder, in: Die Welt, 1.10.1999.

⁹⁷ PDS-Gegner setzen sich durch, in: FAZ, 1.10.1999.

⁹⁸ Nach neuen Wegen suchen, in: Der Spiegel 40/1999, 4.10.1999.

⁹⁹ Gysi fordert CDU zum Dialog auf, in: FAZ, 4.10.1999.

¹⁰⁰ In der PDS etwas Neues aufbauen, in: FAZ, 6.10.1999.

beteiligen, wenn man sich mit ihr auf eine gemeinsame Politik verständigen könnte". Als SPD-Vorsitzender habe er stets versucht, "die plumpe Stigmatisierung der PDS durch die CDU/CSU" aufzubrechen¹⁰¹. "Die SPD war nach meiner Auffassung gut beraten, die PDS schrittweise an Länderregierungen zu beteiligen und so dazu beizutragen, dass die PDS die Rolle einer normalen Partei in der Demokratie finden würde". Er betonte auch, dass Gerhard Schröder als erster dafür plädiert habe, die PDS an einer Länderregierung zu beteiligen. Der PDS-Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch begrüßte Lafontaines Vorstoß, kritisierte allerdings, es sei nicht besonders mutig von Lafontaine, dies erst jetzt zu bekennen¹⁰². Führende PDS-Politiker, unter anderem erneut Parteichef Lothar Bisky, betonten, die PDS sei bereit, linke Sozialdemokraten, die vom Kurs der rot-grünen Bundesregierung enttäuscht sind, aufzunehmen. "Tür und Tor sind offen", sagte Bisky am 06. Oktober 1999, betonte aber auch, dass die PDS keine Abwerbekampagne mache¹⁰³.

Die Serie der Erfolgserlebnisse der PDS bei Landtagswahlen setzte sich fort mit der Berliner Senatswahl vom 10. Oktober 1999. Die PDS erreichte im Ostteil der Stadt 39,5% und wurde stärkste Partei, erzielte aber auch im Westen 4,2% der Stimmen. Dies war nicht zuletzt dem Einsatz des neuen PDS-Fraktionsvorsitzenden Harald Wolf zu verdanken, der lange Jahre auf den linken Flügel der alternativen Liste in Westberlin tätig war, 1990 aus der Berliner AL austrat und sich der PDS annäherte. Wolf, der den Wahlkampf der PDS in Westberlin organisierte, ist ein Musterbeispiel für Kreise im linksradikalen Spektrum, die sich im Milieu westdeutscher Universitätsstädte und insbesondere im Sonderfall Westberlin nach 1989/90 endgültig von jeglichen Versuchen abkehrten, innerhalb der SPD oder der Grünen Politik zu machen und sich in der PDS erfolgreich eine neue politische Heimat suchten¹⁰⁴.

Kurz darauf wurde bekannt, dass der zur PDS übergetretene ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Uwe Hixsch sich 1996 als Kreisvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt im Landkreis Kronach für die Einstellung eines ehemaligen Oberstleutnant der DDR-Grenztruppen, Klaus Baumann, als Geschäftsführer der AWO eingesetzt hatte. Baumann soll nicht nur ein "scharfer" Offizier gewesen sein, der auch für die Erschießung von Flüchtlingen verantwortlich war, sondern auch für das MfS als Stasispitzel gearbeitet haben. Daraufhin musste sich die AWO von Baumann als Geschäftsführer trennen. Möglicherweise hatte Uwe Hixsch von dessen Stasivergangenheit bereits bei seiner Einstellung gewusst, da gegen Baumann bereits Ermittlungsverfahren liefen. In der Presse wurde dies mit als ein Grund für den Wechsel von Hixsch zur PDS genannt¹⁰⁵.

Die wachsende Attraktivität der PDS für sozialdemokratisches Traditionspotenzial zeigte auch die große Resonanz, den der Auftritt Gregor Gysi beim Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober 1999 erhielt. Gysi erntete sogar Beifallsstürme, anders als manche Redner aus dem Regierungsumfeld¹⁰⁶. Angesichts dieser Wahlergebnisse glaubte die PDS-Führung auch, gegenwärtig aus einer Position der Stärke heraus gegenüber der SPD argumentieren zu können. So machte der PDS-Vorstand am 18. Oktober 1999 nur wenige Bemerkungen zum Verhältnis zur SPD. Geschäftsführer Dieter Bartsch sagte lediglich, das Verhältnis zur Sozialde-

¹⁰¹ Lafontaine für SPD/PDS-Koalition im Bund, in: Die Welt, 7.10.1999.

¹⁰² Lafontaine für SPD/PDS-Koalition im Bund, in: Die Welt, 7.10.1999.

¹⁰³ PDS hält Tür und Tor für SPD-Mitglieder offen, in: Die Welt, 7.10.1999.

¹⁰⁴ In Berlin findet er sich blind zurecht: PDS-Fraktionschef Harald Wolf, in: Die Welt, 12.10.1999.

¹⁰⁵ Grafe, Roman: Schwierige Vergangenheit. Uwe Hixsch hatte gute Gründe, von der SPD zur PDS zu wechseln, in: Süddeutsche Zeitung, 14.10.1999.

¹⁰⁶ Fickinger, Niko: Gysi spendet Balsam für die Wunden der lädierten Seelen, in: FAZ, 9.10.1999.

mokratie müsse "entemotionalisiert werden". Man werde mit großer Ruhe den Ausgang der innersozialdemokratischen Programmdebatte abwarten¹⁰⁷.

4.3 Warnungen aus dem Zentrum: Das Papier von Heinrich August Winkler

Etwa zur gleichen Zeit legte Heinrich August Winkler, einer der bekanntesten sozialdemokratischen Historiker, eine Analyse vor, in der er die Problematik der PDS für die SPD klar benannte. Insbesondere kritisierte er den Versuch der SPD-Führung, die PDS durch regionale Einbindung klein zu halten. Ironisch merkte er an: "Ganz weit oben in der SPD soll bis vor kurzem die Meinung vorgeherrscht haben, man komme nicht drum herum, die PDS irgendwann zu schlucken."¹⁰⁸ Das Problem des Verhältnisses der PDS zur SPD sei auf tieferliegende Gründe zurückzuführen: "Wäre die PDS nur die umbenannte SED, könnte sie die Sozialdemokraten kaum in Verlegenheit und Gefahr bringen. Aber sie ist noch etwas anderes: Sie ist, wie die SPD, eine Erbin der alten, noch ungeteilten, Marxistischen Sozialdemokratie der Zeit vor 1914. Eben darin liegt die tiefere Ursache der Anziehungskraft, die die PDS auf Teile der Sozialdemokratie und ihre Wählerschaft ausübt – und das nicht nur im Osten Deutschland und im Osten Berlins." ... "Die minderentwickelte sozialistische Partei, die PDS, hält der entwickelteren SPD das Bild der eigenen Vergangenheit vor. 'Sozialdemokratismus' ist kein Vorwurf mehr. Die Partei von Bisky und Gysi erhebt neuerdings sogar den Anspruch, die eigentliche Hüterin der sozialdemokratischen Tradition zu sein." Winkler betont, dass die SPD im Jahr 1989 bei der Verabschiedung ihres Berliner Programms von den dramatischen Entwicklungen im zerfallenden Ostblock förmlich überrollt wurde. Vor allem, dass die SPD auch in diesem Programm am Begriff des "demokratischen Sozialismus" fest hielt, trug seiner Meinung nach zur Irritation vieler ostdeutscher Sozialdemokraten bei. Anders als in der Weimarer Republik bekam die SPD durch die Umbenennung der SED in PDS aber wieder eine linke Konkurrenz in Gestalt einer großen kommunistischen Partei. Dadurch kehrte unvermittelt ein "Hauch von Weimarer Republik in die deutsche Politik zurück, und keine Partei war und ist davon so betroffen wie die SPD: Seit der Wiedervereinigung steht sie, ob sie es wahr haben will oder nicht, erneut in einem Zweifrontenkampf." Dabei, so Winkler, hätte es im Interesse der SPD liegen müssen, die konkurrierende Linkspartei klein zu halten. Dies hätte aber nur durch aktive Abgrenzung in Form harter inhaltlicher Auseinandersetzung geschehen können. "Die aber fand so gut wie gar nicht statt." ... "Vielmehr kam, unter ermutigendem Beifall aus Hannover und Saarbrücken, im Sommer 1994 das Signal von Magdeburg: Der Tolerierungspakt zwischen SPD und PDS in Sachsen-Anhalt. Im Herbst 1998 folgte der Paukenschlag aus Schwerin: Die erste formelle Koalition zwischen beiden Parteien. Die PDS sollte auf diese Weise "entzaubert" werden, so hieß es bei den Befürwortern der Zusammenarbeit. Entzaubert sind mittlerweile sie selbst." Und weiter: "Selten hat sich eine Partei so sehr über ihre eigenen übergreifenden und langfristigen Interessen getäuscht wie die SPD, als sie sich 'vor Ort' auf eine Politik einließ, die im Rahmen des Gesamtstaates nicht ihr, sondern ihrer Rivalin auf der linken zugute kam." Als Gegenmittel riet Winkler der SPD, die Modernisierung ihrer Partei voranzutreiben: Die Modernisierung der Sozialdemokratie ist für die SPD eine "Überlebensfrage". Sie müsse insbesondere das liberale und zugleich soziale Prinzip der Stärkung der Eigenverantwortung fördern, was genau das Gegenteil dessen sei, was die durch und durch populistische PDS unter Berufung auf den Begriff der sozialen Gerechtigkeit verfechte. Er plädierte des Weiteren für eine deutliche Auseinandersetzung mit der PDS: "Die überfällige Auseinandersetzung mit der PDS ist daher für die SPD beides: Eine Auseinander-

¹⁰⁷ PDS reagiert zurückhaltend auf CDU, in: FAZ, 19.10.1999.

¹⁰⁸ Winkler, Heinrich August: Von Marx zur Marktlücke. Trennende Traditionen: Warum die PDS für die SPD ein Problem ist, in: FAZ, 19.10.1999.

setzung mit einem politischen Gegner und mit der eigenen Vergangenheit." Dies sei die Voraussetzung für eine Weiterentwicklung und den Fortbestand der SPD im nächsten Jahrhundert¹⁰⁹. Der Schriftsteller Rolf Schneider schlug in einem mehr oder minder ironischen Beitrag sogar eine Fusion von SPD und PDS als letzten Ausweg vor: "Mehr und mehr besetzt die PDS den Platz und das Denken der klassischen Sozialdemokratie. Das macht sie für breitere Kreise akzeptabel."¹¹⁰

4.4 Ungebrochenes Selbstbewusstsein der PDS

Das enorm hohe Selbstbewusstsein der PDS nach dieser Serie von Landtagswahlen drückte sich auch in weiteren Äußerungen von Spitzenpolitikern der Partei aus. So forderte Andre Brie in einem Interview, die PDS müsse noch mehr sozialdemokratisches Gedankengut aufnehmen. Auf die Frage ob er sich ein Zusammengehen mit der SPD vorstellen könne, sagte er: "Die Gründe für die Spaltung der Arbeiterschaft sind hinfällig. Aber es gibt, schon wegen der Geschichte, kein Zurück. Vor allem aber gibt es heute eine andere Gesellschaft als am Anfang dieses Jahrhunderts – sozial und kulturell hoch ausdifferenziert. Ich denke, dass die Linke Deutschlands und auch in Westeuropa nicht mehr zu einer großen Linkspartei kommen wird. Sie wird sich selbst heterogen organisieren. Aber sie muss fähig werden zur Zusammenarbeit. Wir jedenfalls haben mit Blick auf die Bundestagswahl 2002 den Anspruch, einen Mitte-Links Block mit SPD und Grünen bilden zu können."¹¹¹ Ende Oktober legte die rot-rote Regierung in Mecklenburg-Vorpommern ihre erste Bilanz nach 12 Monaten Regierungszeit vor. Umfrageergebnisse zu dieser Zeit deuteten aber eher darauf hin, dass die SPD die Hauptleidtragende dieser Koalition war. So ermittelte Emnid für die Sonntagsfrage, dass die SPD nur noch 26% erhalten würde, ein Rückgang gegenüber der letzten Landtagswahl von über 8 Prozentpunkten. Die CDU würde fast 12 Punkte auf 42% zulegen und die PDS mit 24% fast gleich bleiben. Bei aller Vorsicht gegenüber solchen Umfrageergebnissen scheint jedoch in jedem Fall die Folgerung angebracht, dass eine "Entzauberung" der PDS aus solchen Werten ein Jahr nach dem Antritt dieser Regierung nicht abzulesen ist¹¹². Die Situation der SPD nach der Serie der Landtagswahlen wird vom Politikwissenschaftler Karl Schmitt wie folgt zusammenfassend beschrieben: "Die Labilität des Wählermarktes stellt die Ost-SPD vor ungleich schwierigere Probleme. Zwar verfügt sie im zwischen CDU und PDS polarisierten Parteienfeld als einzige Partei über Koalitionsoptionen in zwei Richtungen. Viel schwerer wiegt jedoch der Nachteil, der sich daraus ergibt, dass sich die SPD im Osten in einer Zweifrontenkonkurrenz befindet, für die sie als die Partei mit der schwächsten Organisation und dem geringsten Anteil an Stammwählern schlecht gerüstet ist. In der Konkurrenz zur PDS belastet sie zudem ein besonderes Handicap: Als Teil einer Bundespartei, die Wahlen im Westen und in der politischen Mitte gewinnen will und muss, ist die Ost-SPD sozialpopulistischen Forderungen der ostdeutschen Regionalpartei PDS wehrlos ausgeliefert. Daran dürfte sich vor der Hand wenig ändern."¹¹³ Die PDS in Mecklenburg-Vorpommern konnte hingegen anlässlich der Einjahresbilanz der rot-roten Landesregierung ungeniert ihr Modell als Vorbild feiern. So ging der Landesvorsitzende Helmut Holter sogar so weit, rot-rot als Modell für eine künftige Bundesregierung anzupreisen: "In den alten Ländern verlieren FDP

¹⁰⁹ Winkler, Heinrich August: Von Marx zur Marktglücke. Trennende Traditionen: Warum die PDS für die SPD ein Problem ist, in: FAZ, 19.10.1999.

¹¹⁰ Schneider, Rolf: Der letzte Ausweg, in: Die Woche, 42/1999, 15.10.1999.

¹¹¹ Wir wollen 2002 einen Mitte-Links Block, in: Die Welt, 23.10.1999.

¹¹² Trotz magerer Bilanz große Akzeptanz für rot-rot in Schwerin, in: Die Welt, 26.10.1999.

¹¹³ Schmitt, Karl: Umbrüche im Osten. Die Wahllandschaft in Deutschland ist gespalten, in: FAZ, 27.10.1999.

und Bündnis/Grüne an Gewicht. ... Die PDS hat somit die Chance, auch in der gesamten Bundesrepublik die drittstärkste Kraft zu werden. Damit kann sie eines Tages mitentscheidend für die Regierungsbildung sein. Deswegen lautet meine These: Wir machen in Magdeburg die Lehre, in Schwerin das Gesellenstück und auf Bundesebene, zu welchen Zeitpunkt auch immer, können wir unser Meisterstück leisten."¹¹⁴

Im weiteren Verlauf des Herbstes 1999 demonstrierte die Parteiführung der PDS politisch und programmatisch business as usual. Insbesondere Gregor Gysi versuchte, alle wesentlichen Politikfelder durch eigene Vorschläge zu besetzen. So sollte sicher auch versucht werden, sich in der gesamtdeutschen Medienlandschaft als reale politische Alternative im Parteienspektrum darzustellen, was von journalistischen Beobachtern sogar als Beleg des Prozesses einer "schrittweisen Sozialdemokratisierung der PDS" interpretiert wurde¹¹⁵. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reinhard Höppner von der SPD schloss Mitte November allerdings in einem Interview klar aus, dass eine rot-rote Koalition mit einem PDS-Ministerpräsidenten ins Amt kommen könnte. "Dass Sozialdemokraten einen PDS-Mann zum Ministerpräsidenten wählen halte ich für ausgeschlossen." Auch im Bund sah Höppner die PDS nicht für koalitionsfähig an, da die PDS im Westen in der Gesellschaft mehrheitlich nicht akzeptiert sei¹¹⁶. Positiver lautete Anfang November 1999 jedoch die Einschätzung des Mecklenburg-Vorpommerschen Ministerpräsidenten Harald Ringstorff. So bezeichnete Ringstorff seinen Stellvertreter Helmut Holter, den PDS-Vorsitzenden, als einen "lupenreinen Sozialdemokraten", der ganz gut in die SPD passen würde¹¹⁷. Auch in der Thüringer SPD setzen sich offenbar wieder stärker die PDS-freundlichen Teile durch. So wurde auf dem Landesparteitag Ende November 1999 ein Antrag, sich eindeutig von der PDS zu distanzieren, mit großer Mehrheit abgelehnt. Auch bei den Vorstandswahlen setzten sich offenbar vor allem Kandidaten der Parteilinken durch, die in den vergangenen Jahren eine Annäherung an die PDS gesucht hatten. Die Gegner einer Zusammenarbeit, wie der frühere Wissenschaftsminister Schuchardt oder der frühere Fraktionsvorsitzende Lippmann, kandidierten nicht für Vorstandsämter. Zum neuen Landesvorsitzenden wurde der Theologe Christoph Matschie gewählt, der in Erfurt einen "Hopfenberger Kreis" ins Leben gerufen hatte, der sich in der Vergangenheit gegen den damaligen SPD-Vorsitzenden Schuchardt für eine Öffnung gegenüber der PDS eingesetzt hatte¹¹⁸. Auch die Programmdebatte, die die PDS-Führung im Herbst 1999 mit der Vorlage eines ausführlichen Thesenpapiers vorantreiben wollte, hatte eindeutig zum Zweck, die Akzeptanz als gesamtdeutsche, normale sozialistische Partei zu forcieren. Reaktionen, vor allem aus der PDS, aber auch aus den Medien machten hingegen deutlich, dass dies für die Partei ein schwieriges Unterfangen sein dürfte. Bei allzu großen Versuchen, sich möglichen linken Wählern aus dem Westen anzudienen, besteht strukturell immer die Gefahr, Wählerschaften aus der alten SED-Klientel im Osten zu verlieren. Allerdings sah sich die PDS-Führung zu diesem Zeitpunkt offenbar in einer so starken Position, dass sie davon ausging, diese Debatte quasi von oben führen zu können¹¹⁹.

¹¹⁴ Wir können auf Bundesebene unser Meisterstück machen, in: Süddeutsche Zeitung, 3.11.1999.

¹¹⁵ Die sozialdemokratisierte PDS, in: Süddeutsche Zeitung, 11.11.1999.

¹¹⁶ Abschied von der BRD, in: Der Spiegel 46/1999, 15.11.1999.

¹¹⁷ Wenz, Dieter: Und dann das Meisterstück, in: FAZ, 20.11.1999.

¹¹⁸ Thüringer SPD lehnt "eindeutige Distanz" zur PDS ab, in: FAZ, 29.11.1999.

¹¹⁹ Siehe: Vabanquespiel im Liebknechthaus, in: Die Welt, 2.12.1999.

5. Ist der Zenit überschritten? Neue Probleme nach dem Erfolgserbst

Nach ihren Wahlerfolgen vom Herbst 1999 hatte die PDS auch in den Medien mit wiederum gewachsener Zustimmung zu rechnen. Allerdings hat aber offenbar die anwachsende Berichterstattung über die CDU-Finanzaffäre und ihre Folgen auch dazu beigetragen, dass die PDS in der überregionalen Berichterstattung wieder deutlich in den Hintergrund gedrängt wurde. Stattdessen tauchten auf der anderen Seite wieder mehr Berichte auf, die die Probleme der Kooperation der PDS mit der SPD betonten. So brach in der Koalition in Mecklenburg-Vorpommern ein heftiger Streit um die Schulpolitik aus, der nur mühsam wieder gekittet werden konnte¹²⁰.

Auch der Thüringische PDS-Vorsitzende Hausolt ging nach der Neuwahl des SPD-Landesvorstandes wieder auf die SPD zu. Er stellte Gespräche mit der SPD über eine weitere Zusammenarbeit in Aussicht. In den nächsten 5 Jahren wolle er für einen Politikwechsel in Thüringen kämpfen, wobei er keinen Zweifel daran ließ, dass die SPD dabei eine wichtige Rolle spielen müsste¹²¹. Ende des Jahres 1999 bekräftigte auch Gregor Gysi in einem Interview noch einmal, wie wichtig die strategische Perspektive einer Zusammenarbeit mit der SPD ist. Er betont, dass es zunächst darum gehe, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, von dem aus Druck auf SPD und PDS zu linken Reformen ausgeht. Die SPD hinterlasse auf dem linken Flügel des Parteispektrums eine immer größer werdende Lücke, die die PDS auszufüllen versuche. "Wie in fast allen westeuropäischen Ländern gibt es eine Partei links von der Sozialdemokratie. Die gab es in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland nicht. Das hat sich nun geändert. Die SPD wird merken, dass sie an uns nicht vorbeikommt." Es sei noch zu früh von einem Koalitionsangebot an die SPD auf Bundesebene zu reden. "Zunächst müssen die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Aber auf Länderebene ist im Osten ein Ministerpräsident aus den Reihen der PDS – gar eine Ministerpräsidentin – denkbar, wenn es zu einer SPD/PDS-Koalition kommen sollte, in der die PDS stärkste Partei ist."¹²² Diese hoffnungsfrohe Stimmung wurde unterstrichen durch die Äußerungen anderer prominenter PDS-Politiker: So sprach der PDS-Vorsitzende Mecklenburg-Vorpommerns und stellvertretende Regierungschef Helmut Holter davon, dass es irgendwann "das Meisterstück in Form einer PDS-geführten ostdeutschen Landesregierung" geben würde. Außerdem glaube er an den Fortbestand des Regierungsbündnisses mit der SPD bis zum Ende der Legislaturperiode 2002¹²³. Der Vorsitzende Lothar Bisky betonte, die PDS werde spätestens bis 2010 in einem Westparlament vertreten sein¹²⁴.

Auch bei Bündnis90/Die Grünen zeigte sich um den Jahreswechsel 1999/2000, dass die Bereitschaft für Koalitionen mit der PDS zumindestens bei wichtigen Exponenten der Parteispitze immer größer wurde. So sagt die spätere Bundesvorsitzende Renate Künast in einem Interview am 11. Januar 2000, die Grünen wollen das Tabu, dass die PDS kein Partner sein dürfe, brechen. In diesem Interview, das sie mit Lothar Bisky zusammen führte, betonte sie, dass man in Berlin schon in der Opposition mit der PDS zusammengearbeitet habe: "Wir haben Anträge miteinander abgesprochen, wir haben gemeinsam beim Verfassungsgericht gegen die Privatisierung der Wasserwerke Beschwerde eingelegt. Die Republik hat sich 10 Jahre nach

¹²⁰ Riss im rot-roten Bündnis von Schwerin. Die Schulaufgabe vergessen, in: Süddeutsche Zeitung, 21.12.1999.

¹²¹ Thüringens PDS will sozialistisch bleiben, in: FAZ, 30.12.1999.

¹²² Die SPD kommt nicht an uns vorbei, in: Die Welt, 29.12.1999.

¹²³ PDS träumt vom eigenen Ministerpräsidenten, in: Süddeutsche Zeitung, 28.12.1999.

¹²⁴ Bisky: PDS bis 2010 in einem West-Parlament, in: Süddeutsche Zeitung, 4.1.2000.

dem Fall der Mauer entideologisiert – und das tun auch die Parteien. Und dort wachsen neue Generationen von Politikern nach. Deshalb ist der alte Umgang miteinander vielleicht schon bald nicht mehr haltbar." Insbesondere in den Bereichen Soziales, Bürgerrechte und Ökologie gebe es Überschneidungen in der Programmatik. Sie unterstrich auch, dass der Bundespartei gar nichts anderes übrig bleibe, als diese Debatte auf Kreis- und Länderebene zu akzeptieren¹²⁵.

In den folgenden Wochen trug interessanterweise die PDS selbst am meisten dazu bei, dass sich ihr gutes Image in der Öffentlichkeit wieder deutlich verschlechterte. Dazu trug zum einen bei, dass sich der innerparteiliche Streit um das neue Parteiprogramm immer mehr in die Medien transportierte. Zum anderen wurde auch deutlich, dass die PDS den geplanten Wechsel an der Spitze mit dem Rücktritt des Vorsitzenden Lothar Bisky vielleicht nicht so reibungslos gestalten können wie geplant und wie sie es ihres Images als normaler Partei gemäß wahrscheinlich gerne gemanagt hätte. Lothar Bisky selbst stellte in einem Interview Ende Februar 2000 klar, wie wichtig diese Programmdebatte insbesondere für die Koalitionsefähigkeit der PDS und für die weitere Strategie der Partei war. Aus solchen Äußerungen wird deutlich, wie groß die Befürchtung der PDS-Führung Anfang des Jahres 2000 war, dass die Attraktivität der Partei auf Wähler im Westen und damit mittelbar ihre Rolle und ihr Gewicht als möglicher Koalitionspartner entscheidend davon abhingen, dass man sich von der alten SED absetzte und so weit wie möglich als moderne reformorientierte Partei wirkte¹²⁶. Eine Bestätigung für diese Gefahr schien das Ergebnis der PDS bei den Landtagswahlen in Schleswig Holstein am 28. Februar 2000, bei der sie trotz höherer Erwartungen nur 1,4% der Stimmen erreichte¹²⁷. Gleichzeitig wurden in der Presse neben immer wiederkehrenden Konflikten in der Koalition in Mecklenburg-Vorpommern nun sogar intensive Konflikte zwischen PDS und SPD in Magdeburg deutlich. So wurde anlässlich des Streits um ein Polizeigesetz des Landes sogar vom möglichen Scheitern des "Magdeburger Modells" gesprochen¹²⁸. Die PDS interpretierte die Krisen in Magdeburg und Schwerin inoffiziell als Versuch der SPD-Spitze um Bundeskanzler und Parteichef Gerhard Schröder, zu diesem Zeitpunkt auszutesten, wie weit die Sozialdemokraten Druck auf die PDS ausüben können. Bundesgeschäftsführer Bartsch appellierte an die SPD, sie müsse begreifen, "dass wir kein kleiner Partner mit 5%, sondern ein starker Partner mit mehr als 20% sind". Gleichzeitig appellierte er an die PDS, bereit zu sein für Kompromisse¹²⁹.

Im Vorfeld des Parteitages der PDS in Münster im April 2000 zeigte sich immer mehr, wie problematisch es für die PDS-Führung sein würde, einen reformorientierten Koalitionskurs innerhalb der eigenen Partei durchzusetzen. Gregor Gysi musste Anfang März sogar einen offenen Brief an die Parteibasis schreiben, in dem er sich für die Trennung von der dogmatischen Linken aussprach, wofür er ebenfalls parteiintern wieder heftig kritisiert wurde¹³⁰. Seine Mahnung nach mehr "Politikfähigkeit" verband er mit dem Szenario, das aktive PDS-Führungspersonal würde mehr "Lustlosigkeit" im Falle weiterer Stagnation zeigen und die PDS könne zu einer Sekte verfallen. Wahrscheinlich zur Beruhigung der innerparteilichen Opposition war die Äußerung Gysis gedacht, er sehe angesichts des neoliberalen Kurses der SPD derzeit "keine reale Möglichkeit für eine Regierungsbeteiligung der PDS." Eine Teilhabe

¹²⁵ Strategie des Wechsels, in: Süddeutsche Zeitung, 11.1.2000.

¹²⁶ Die PDS ist kein Trick, um die SPD am Leben zu erhalten, in: Die Welt, 25.2.2000.

¹²⁷ Der Weg in den Westen ist für die PDS steinig, in: FAZ, 29.2.2000.

¹²⁸ Das Magdeburger Modell droht zu scheitern, in: Die Welt, 2.3.2000.

¹²⁹ Rot-rote Koalitionen zeigen erstmals tiefe Risse, in: Die Welt, 3.3.2000.

¹³⁰ Gregor Gysi geht mit Parteilinken ins Gericht, in: Die Welt, 9.3.2000.

der PDS an der Bundesregierung müsse ein "starker außerparlamentarischer Druck aus Gewerkschaften, Kirchen und anderen Bewegungen" vorausgehen, der gegenwärtig nicht existiere und den die PDS auch erst mit erzeugen müsse. Gleichzeitig sei jedoch das prinzipielle Streben der PDS nach einer Regierungsbeteiligung legitim. "Solange aber in der PDS schon der Wunsch nach Regierungsbeteiligung – und besonders der Wunsch Ministerin oder Minister zu werden – als eine Art Klassenverrat denunziert werden kann, solange wird sich auf dieser Basis auch vortrefflich Misstrauen organisieren lassen."¹³¹ An diesen Äußerungen wird deutlich, wie sehr die PDS-Spitze zurückrudern musste und wie weit sie sich offenbar gerade in der Frage der Einbindung in Regierungsverantwortung in den Augen großer Teile des klassischen Wähler- und Funktionärspotenzials der PDS offenbar schon vorangewagt hatte – offenbar zu weit, um die Distanz dieser Klientel zu Politik und den Parteien der Bundesrepublik Deutschland schon überwinden zu können. Möglicherweise vor dem selben Hintergrund entwickelten sich die neuen Eskalationen in der rot-roten Koalition in Mecklenburg-Vorpommern. So drohte die PDS der SPD Anfang März 2000 angesichts der Differenzen in der Schulpolitik sogar mit dem Bruch der Koalition und beschloss, der SPD künftig in einzelnen Punkten die politische Gefolgschaft zu verweigern, um sie zu einer Einhaltung des Koalitionsvertrages zwingen zu können¹³². Solche Demonstrationen der Stärke sollten offenbar auch beruhigend auf die innerparteiliche Opposition im Vorfeld des Parteitags von Münster wirken. Wie auch in der Presse kurz zuvor gemutmaßt wurde, sollte es das zentrale Ziel dieses Parteitages sein, nach außen und vor allem im Hinblick auf die möglichen Koalitionsoptionen zu demonstrieren, dass die PDS im Westen angekommen sei und sich die Realpolitiker durchgesetzt haben¹³³.

6. Nach dem Parteitag von Münster: Die Karten werden neu gemischt

6.1 Erster Schock: Rückschlag für Koalitionsszenarien?

Umso größer musste für die PDS auch in dieser Hinsicht der Schock des misslungenen Parteitages von Münster vom 8. und 9. April 2000 sein. Der Parteitag nahm nicht nur einen chaotischen Verlauf, der Bundesvorstand konnte sich auch mit wichtigen Anträgen etwa über UN-Einsätze nicht durchsetzen und wurde dadurch in der Öffentlichkeit desavouiert. Gregor Gysi kündigte in einer dramatischen Rede seinen Rücktritt vom Amt des Fraktionsvorsitzenden an. Zugleich gab er bekannt, er werde sich 2002 auch nicht wieder um eine Bundestagsmandat bemühen. Damit war klar, dass die PDS mit Gysi nicht nur einen Ihrer profiliertesten Medienvertreter verlieren würde, sondern auch den wichtigsten Spitzenpolitiker, der die Koalitionsoptionen mit SPD und Bündnis90/Die Grünen entscheidend in seiner Partei und in der Öffentlichkeit plausibel machen konnte. Insbesondere die spektakulären Auftritte der linksradikalen Delegierten vor allem aus Hamburg machten einer breiten Öffentlichkeit deutlich, dass bei der PDS noch eine tiefe Kluft klaffte zwischen normalem demokratischem Anspruch und extremistischer und doktrinärer Realität. Ebenso verheerend musste sich dieser Eindruck auf die möglichen Koalitions- und Kooperationspartner von SPD und Grünen auswirken. Die These, die PDS sei nun eine normale demokratische Partei, die auch im Westen angekommen und somit allseitig koalitionsfähig sei, konnte nach solchen Darbietungen und einer derart demonstrativen Zerrissenheit bis hin zur Führungslosigkeit natürlich nicht mehr ohne weiteres aufrecht erhalten werden. Sogar in den Worten des Parteisprechers Hanno Harnisch sei die

¹³¹ Gysi droht mit "Lustlosigkeit", falls sich die PDS Reformen verschließt, in: FAZ, 9.3.2000.

¹³² PDS droht SPD mit Koalitionsbruch, in: Süddeutsche Zeitung, 13.3.2000.

¹³³ Abschied von der Revolution. Auf dem Parteitag der PDS werden sich die Realpolitiker durchsetzen, in: Süddeutsche Zeitung, 31.3.2000.

PDS durch ihre Beschlüsse "politikunfähig" geworden. In den Medien überwog der Eindruck: "Auf alle Bemühungen im Westen Fuß zu fassen, dürfte das Fiasko von Münster indes verheerend wirken."¹³⁴ Die Sprecherin des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen, Gunda Röstel, reagierte auf die Ergebnisse des PDS-Parteitages "mit einem gewissen Erschrecken". Die PDS habe sich als Partei der Dogmatiker und Altideologen demaskiert. Röstel sagte, der Parteivorsitzende Bisky und Fraktionsvorsitzende Gysi hätten über Jahre das "Phantombild einer modernen linksorientierten Partei" vermittelt. Jetzt sei deutlich geworden, dass die PDS davon kilometerweit entfernt sei. Die schillernden Führungsfiguren Bisky und Gysi hätten "das Grau in Grau in der Partei" lediglich verdeckt¹³⁵.

Auch die Reaktion der SPD war hart: SPD-Generalsekretär Müntefering sagte am 10. April 2000, in Münster sei das Experiment gescheitert, die PDS zu einer demokratiebewussten Partei umzugestalten, die auch im Bund koalitionsfähig werden könne. Mit dem Rückzug Gysis und Biskys werde die PDS zu einer Gruppe von Sektierern¹³⁶. Auch aus der PDS wurde die Situation nach dem Münsteraner Parteitag insbesondere für die Situation im Westen als schwierig angesehen. Landeschef Helmut Holter aus Mecklenburg-Vorpommern sagte, er sehe die Situation der PDS nach dem Parteitag durchaus sehr kritisch, es gebe aber keinen Anlass zur Weltuntergangsstimmung. Die pragmatischen Politiker in den Ländern seien nun in der Pflicht. Sie müssten nun im Alltag zeigen, dass die PDS realistische Politik machen könne. "Das Signal aus den Ländern und Kommunen kann nur sein, dass der reformpolitische Kurs richtig ist". Auch der sächsische Landesvorsitzende Peter Porsch befürchtete, dass es für die PDS im Westen schwieriger werde. Im Osten sei man dagegen fest verankert. "Wir werden jetzt beweisen, dass wir als Partei nicht aussterben. Ohne Turbulenzen wird das aber nicht abgehen."¹³⁷ Gregor Gysi forderte nach dem Parteitag ein hartes Durchgreifen gegen die linken Dogmatiker in der eigenen Partei und kritisierte sie öffentlich scharf – was so vor dem Münsteraner Parteitag nicht vorgekommen war. Er appellierte an seine und Biskys Nachfolger, sich nicht auseinander treiben zu lassen. "Wir haben Brücken in die Gesellschaft gebaut. Jetzt muss sich die PDS entscheiden ob sie über diese Brücken geht." Gysi zeigte sich "persönlich enttäuscht, dass die linken und linksliberalen Intellektuellen im Westen" sich nie auf dieses Projekt eingelassen hätten; da habe er sich verrechnet¹³⁸. Wenige Tage darauf präzierte SPD-Generalsekretär Franz Müntefering erneut seine Kritik an der PDS. Er sagte: "Der Verlauf des PDS-Parteitages in Münster hat gezeigt, dass der Versuch von Gysi und Bisky fehlgeschlagen ist, aus der PDS eine demokratische und auch bundespolitische regierungsfähige Partei zu machen." Das Experiment PDS sei "endgültig gescheitert". In der PDS blieben jetzt nur "Sekten und sektenähnliche Gruppen übrig". Vor diesem Hintergrund richte die SPD eine "Einladung an die Wählerinnen und Wähler der PDS". Diejenigen, die soziale Gerechtigkeit wollen, seien bei der SPD willkommen und können bei ihr eine neue politische Heimat finden. Auch Wechsel von PDS-Politikern zur SPD hielt er nicht für ausgeschlossen. Maßstab sei für die SPD die Glaubwürdigkeit eines übertrittswilligen PDS-Mitgliedes. Aber das Hauptinteresse der SPD liege nicht bei den Mitgliedern, sondern bei den Wählern der PDS. Zuvor hatten sich einige SPD-Politiker wie der Sprecher der ostdeutschen Bundestagsabgeordneten, Mathias Schubert, sowie andere Mitglieder des Bundestages öffentlich für einen Übertritt Gysis und Biskys zur SPD ausgesprochen. Gysi selber lehnte dieses Angebot wie folgt ab: "Ich bin Sozialist. Mit der SPD Schröders und Scharpings verbindet mich politisch

¹³⁴ Schneider, Jens: Das Fiasko der PDS-Reformer, in: Süddeutsche Zeitung, 10.4.2000.

¹³⁵ Die PDS in einer Führungskrise, in: FAZ, 10.4.2000.

¹³⁶ PDS sieht sich nicht unter Zeitdruck, in: FAZ, 11.4.2000.

¹³⁷ Petra Pau erwägt Kandidatur, in: Süddeutsche Zeitung, 11.4.2000.

¹³⁸ Gysi fordert hartes Durchgreifen gegen linke Dogmatiker, in: Süddeutsche Zeitung, 12.4.2000.

eher wenig.¹³⁹ Lothar Bisky wurde bei einer Veranstaltung mit den Bemerkungen zitiert, er sei "kein Feind der SPD" und habe Willy Brandt "nahezu bewundert"¹⁴⁰. Interessanterweise kündigte die PDS in Magdeburg an, nun das lange Zeit umstrittene Polizeigesetz, das vor dem Parteitag für heftige Konflikte mit der SPD gesorgt hatte, nun zu akzeptieren¹⁴¹. In der PDS begann allerdings sofort nach dem Parteitag von Münster der Versuch der Schadensbegrenzung, in dem man sich auf die Suche nach einer neuen Parteiführung machte und einen zur Wahl des neuen Vorsitzenden vorgesehenen Parteitages schon für den Oktober des Jahres 2000 anberaumte.

6.2 Entwarnung: Handreichungen seitens der SPD

Genau in diesem Moment der Schwäche der PDS kam ihr ein prominenter SPD-Politiker mit einem öffentlichkeitswirksamen Signal entgegen: Eine Ankündigung, dass die PDS für die SPD in Zukunft aber trotzdem als Koalitionspartner interessant sein werde, gab kurz darauf der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt Reinhard Höppner. Er kündigte Ende April 2000 an, er rechne nach der nächsten Landtagswahl im Jahr 2002 mit dem Ende der Tolerierung der Minderheitsregierung der SPD durch die PDS und stattdessen werde es in Sachsen-Anhalt eine richtige Koalition geben. Er ließ dabei eine klare Präferenz für die PDS als Koalitionspartner erkennen. Er lobte die klare Linie der PDS in der Kooperation der letzten sechs Jahre¹⁴². Höppner sagte, er rechne nicht mit einem Auseinanderbrechen der PDS, kritisierte aber Bemühungen aus der SPD, führende Politiker der PDS zum Wechsel zur SPD zu bewegen¹⁴³. Diese Ankündigung mag einerseits Aufbauhilfe für den Partner in dessen schwerster Krise gewesen sein. Andernfalls ist es möglicherweise auch Ausdruck einer Kalkulation, nach dem Münsteraner Parteitag hätte die PDS ohnehin keine Chance mehr, in Magdeburg stärkste Partei zu werden und damit die Führungsfrage in einer PDS/SPD-Koalition zu stellen. Dieser Vertrauensvorschuss ist umso erstaunlicher, als Gregor Gysi wenige Tage später sogar in einem Interview verkündete, er könne sich einen Austritt aus der PDS vorstellen, wenn sich die Dogmatiker durchsetzen und nicht die Reformer¹⁴⁴.

Auch in den folgenden Wochen waren die Medienberichte über die PDS überschattet von dem Münsteraner Parteitag und der laufenden Diskussion um die Führungskrise der Partei. Die PDS konnte daher also genau in dem Moment, indem die CDU durch die Spendenaffäre in eine Krise fiel und einen großen Rückschlag in der öffentlichen Meinung zu verzeichnen hatte, von dieser Entwicklung nicht im Geringsten profitieren. Kritische Äußerungen aus den Reihen der PDS über die CDU wurden in jener Zeit praktisch über die Medien so gut wie überhaupt nicht mehr transportiert. Stattdessen häuften sich Berichte über die Verschärfung der innerparteilichen Auseinandersetzungen, wie etwa die Debatten um Gerhard Branstner und das "Marxistische Forum" oder erneut Sarah Wagenknecht und der "kommunistischen Plattform"¹⁴⁵. In dieses Bild passt das enttäuschende Ergebnis bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen vom 14.5.2000, bei der die PDS nur auf 1,1% der Stimmen kam. Dies war

¹³⁹ Müntefering: "Experiment PDS ist gescheitert", in: Die Welt, 17.4.2000.

¹⁴⁰ Gysi will nicht in die SPD eintreten, in: FAZ, 17.4.2000.

¹⁴¹ PDS in Magdeburg will Polizeigesetz hinnehmen, in: FAZ, 18.4.2000.

¹⁴² Höppner: Nach der Wahl 2002 wird es eine Koalition, in: FAZ, 27.4.2000.

¹⁴³ Magdeburg: Koalition statt Modell?, in: Die Welt, 27.4.2000.

¹⁴⁴ Gysi droht mit Austritt aus seiner Partei, in: Die Welt, 29.4.2000.

¹⁴⁵ Als Beispiel: Gysi übt Selbstkritik und attackiert Sarah Wagenknecht, in: Die Welt, 9.5.2000.

wiederum ein Rückschlag für ihren Anspruch auf eine gesamtdeutsche sozialistische Partei¹⁴⁶. Auch bei den Kommunalwahlen in Thüringen am selben Tag kam die PDS insgesamt nur auf 12,7% der Stimmen. Dies mag zum Teil an der Führungskrise, aber auch an den grundlegenden strukturellen Schwierigkeiten der Partei in diesem Bundesland gelegen haben, die bei dieser Wahl offenbar wieder deutlich zu tragen kamen¹⁴⁷. Daraufhin empfahl Fraktionsvorsitzender Bartsch sogar, sich die Teilnahme an den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im folgendem Jahr zu überlegen, was auch für eine kritische Debatte innerhalb der PDS sorgte. Bartsch beeilte sich daraufhin mitzuteilen, mit einem Verzicht auf diese Kandidaturen sei keinesfalls eine Abkehr von der Westausdehnung der Partei verbunden gewesen¹⁴⁸. Angesichts dieser Ausgangslage kann es nicht überraschen, dass führende Politiker der PDS ihre Partei ermahnten, sich mehr bei der Ausdehnung nach dem Westen zu engagieren. So forderten Michael Brie und Petra Pau in einem Strategiepapier, die PDS solle eine "bundesweite sozialistische Partei der Regionen" werden. Gleichzeitig forderte Petra Pau, die PDS dürfe sich nicht an die SPD binden, weil sich die herkömmlichen politischen Lager gegenwärtig auflösen. "Die Verordnung der PDS in einem Mitte-Links Lager ist dann keine Selbstverständlichkeit mehr."¹⁴⁹

Auch in den nächsten Wochen ging die Strategiedebatte innerhalb der PDS weiter. Die Parteiführung erkannte offensichtlich sehr wohl, dass nun wieder die Gefahr bestand, den Charakter der Regionalpartei des Ostens zu stärken und bei den Versuch, sich im Westen zu etablieren, immer weiter in Probleme zu geraten. So forderte, neben wiederholten Vorstößen von Michael Brie, nun auch die Berliner Landesvorsitzende Petra Pau in einem Strategiepapier, die PDS solle eine "bundesweite sozialistische Partei der Regionen" werden. Sie solle sich für mehr Regionalismus und Föderalismus einsetzen. Pau forderte auch, die PDS dürfe sich nicht an die SPD binden, weil sich die herkömmlichen politischen Lager auflösen. "Die Verordnung der PDS in einem Mitte-Links-Lager ist dann keine Selbstverständlichkeit mehr". Auch sei die bloße Verdrängung der CDU aus einer ostdeutschen Landesregierung allein kein tragfähiges Wahlziel. Es wurde also auch in diesem Papier deutlich, dass aus Kreisen der PDS-Führung – ob aus rein taktischen Gründen, sei dahingestellt – immer wieder in dieser Zeit Vorstöße gemacht wurden, sich aus der strategischen Abhängigkeit von der SPD zu lösen¹⁵⁰. Auch die designierte neue Führung der PDS, Gabriele Zimmer und Roland Claus, hielten an dieser Politik der verbalen Distanzierung von der SPD fest. So übernahmen beide fast wortwörtlich die Sprachregelung ihrer Vorgänger und betonten in einem Interview Anfang Juni 2000, dass sie kritisch der SPD gegenüberstehen, aber das Ziel einer Regierungsbeteiligung nicht aufgeben wollen. In den Worten von Roland Claus: "Aber die Frage ist: Soll die PDS den Anschluss an die SPD halten, wenn die immer weiter in die Mitte rutscht, und damit nach rechts? Da fragt man sich, ob wir überhaupt noch Gemeinsamkeiten mit der SPD finden. Es wäre jedoch falscher Realismus, Regierungsbeteiligungen von vornherein auszuschließen."¹⁵¹ Insgesamt war jedoch in diesen Monaten des Frühjahrs und Frühsommers 2000 unübersehbar, dass die PDS sehr stark mit sich selber beschäftigt war und die vernichtenden Konsequenzen des Parteitags von Münster weiterhin zu großer Verunsicherung beitrugen. So war wohl sowohl die innerparteiliche Gründung eines Netzwerkes "demokratische Linke" als auch öffentliche Warnungen der designierten Vorsitzenden Gabriele Zimmer vor "Verratsvorwürfen" und

¹⁴⁶ Siehe: In der Defensive, in: FAZ, 16.5.2000.

¹⁴⁷ Die Partei ist einfach zu alt, in: Süddeutsche Zeitung, 16.5.2000.

¹⁴⁸ Claus fordert Erneuerung der PDS, in: FAZ, 18.05.2000

¹⁴⁹ Im Westen viel Neues, in: Süddeutsche Zeitung, 24.5.2000.

¹⁵⁰ Im Westen viel Neues, in: Süddeutsche Zeitung, 24.5.2000.

¹⁵¹ Das Prinzip Hoffnung muss die Substanz ersetzen, in: Süddeutsche Zeitung, 3./4.6.2000.

"Diffamierungen" Ausdruck dafür, dass sich in der PDS-Führung sogar die Befürchtung breit machte, wegen dieses Parteitages und vor allem der dadurch gefährdeten Ausdehnung in den Westen den Einzug in den Bundestag 2002 zu verpassen, was auch in einer Analyse der Grundsatzkommission der PDS hervorgehoben wurde¹⁵². Aber auch durch solche Vorstöße konnte die innerparteiliche Kritik nicht ganz zum Schweigen gebracht werden. So brach auch in der PDS-Bundestagsfraktion wegen der anstehenden Neubesetzung des Fraktionsvorsitzes ein Streit um die Annäherung an die SPD aus. Insbesondere die Unterstützer von Roland Claus warnten davor, die Westausdehnung der PDS in Frage zu stellen. Die Kritiker von Roland Claus hoben hervor, dieser "nähert die PDS bis zur Unkenntlichkeit an die SPD an"¹⁵³. Auch Andre Brie appellierte bei aller Kritik an der rot-grünen Bundesregierung daran, dass die PDS weiterhin bereit sein müsse, an einem grundlegenden Politikwechsel mitzuwirken¹⁵⁴. Auch die Tatsache, dass Roland Claus schließlich doch einziger Kandidat für die Führung der PDS-Fraktion blieb, deutete daraufhin, dass man seitens der PDS-Führung weiterhin Signale in Richtung Koalitionsbereitschaft mit der SPD aussenden und die Isolationisten in der Fraktion in Zaum halten wollte¹⁵⁵. Auch als Regierungsmitglied in Mecklenburg-Vorpommern versuchte die PDS nun wieder, ihren Preis etwas in die Höhe zu treiben. So drohte Landesvorsitzender Holter im Vorfeld der Abstimmung über die Steuerreform im Bundestag damit, dass die PDS drauf bestehen könne, dass die Landesregierung der Steuerreform nicht zustimmt, was ihre Verabschiedung in Gefahr hätten bringen können¹⁵⁶. Gregor Gysi wies ebenfalls darauf hin, dass man von einer Zustimmung der PDS zur Steuerreform nicht ohne weiteres ausgehen könne. An die Adresse der Bundesregierung sagte er, eine Zustimmung der PDS zur Reform würde jedenfalls "sehr teuer" werden¹⁵⁷.

Die demonstrative Aufwertung der PDS durch die SPD ging noch weiter. Um die Zustimmung der PDS zur Steuerreform zu sichern, fand schließlich am 14. Juni 2000 erstmals ein offizielles Treffen von Bundeskanzler Gerhard Schröder mit dem Schweriner Landesvorsitzenden Helmut Holter und anderen PDS-Politikern statt. Gegen das Versprechen der Förderung des Ausbaus zusätzlicher Verkehrswege erhielt Schröder das Versprechen Holters, die PDS werde seiner Steuerreform zustimmen. Dieses Treffen und die demonstrative Einbeziehung der PDS in den Kreis ernsthafter Verhandlungspartner hat natürlich für die PDS-Führung insbesondere vor dem Hintergrund der notwendigen Schadensbegrenzung nach dem Münsteraner Parteitag eine nicht unerhebliche symbolische Wirkung gehabt¹⁵⁸. In einem Positionspapier betonte gleichzeitig die designierte neue Parteivorsitzende Zimmer, das Ziel der PDS sei es, sie zur dritten parteipolitischen Kraft in Deutschland zu machen. Die PDS werde als "politikfähige linke sozialistische Partei gebraucht", es gebe Platz neben der SPD. Zugleich forderte sie in einem Positionspapier, die PDS müsse an eine "Mitte-Links-Block" in Deutschland auch in Regierungsverantwortung mitwirken¹⁵⁹. Damit wurde auch von der designierten Parteiführung deutlich vor dem anstehenden Parteitag im Oktober 2000 unterstrichen, dass die Spitze der PDS an ihrer grundsätzlichen Linie der Kooperationsgemeinschaft

¹⁵² Siehe: Bisky sieht Bündnis der Linken mit "Wohllwollen", in: Süddeutsche Zeitung, 20.6.2000; Zimmer warnt PDS vor "Verratsvorwürfen", in: FAZ, 27.6.2000.

¹⁵³ PDS-Fraktion streitet über Nachfolger Gysis, in: Süddeutsche Zeitung, 29.6.2000.

¹⁵⁴ PDS debattiert über Grundsatzpapiere, in: FAZ, 4.7.2000.

¹⁵⁵ PDS-Fraktion will keine Doppelspitze, in: FAZ, 5.7.2000.

¹⁵⁶ PDS in Schwerin will vom Steuerstreit profitieren, in: Süddeutsche Zeitung, 11.7.2000.

¹⁵⁷ PDS: Zustimmung wird sehr teuer, in: FAZ, 11.7.2000.

¹⁵⁸ PDS stimmt zu und ist dagegen, in: FAZ, 15.7.2000.

¹⁵⁹ PDS will "Realpolitik von links" betreiben, in: FAZ, 15.7.2000.

mit SPD und Grünen nichts ändern wolle. Auch in der Öffentlichkeit wurde dieses Zugehen von Bundeskanzler Schröder auf die PDS für die Zustimmung zur Steuerreform als Erfolg für die Reformer und Koalitionsstrategen gewertet¹⁶⁰. Wenige Tage später stimmte das SPD-Präsidium auf Vorschlag von Bundeskanzler Schröder sogar zu, künftig die PDS auch an den parteiübergreifenden Gesprächen zur Rentenpolitik zu beteiligen. Wie SPD-Generalsekretär Müntefering sagte, habe es in der Parteiführung gegen diesen Vorschlag des Kanzlers keine Bedenken gegeben. Er versicherte weiter, das Einvernehmen im SPD-Präsidium stelle gegenüber der PDS "keinen Paradigmenwechsel" dar. Auch diese Einladung seitens der SPD wurde von der PDS sofort begrüßt. Bundesgeschäftsführer Bartsch betonte, einer solchen Einladung wie sie Bundeskanzler Schröder in Aussicht gestellt habe, werde die PDS sicher folgen¹⁶¹. Mecklenburg-Vorpommerns PDS-Chef Helmut Holter betonte sogleich, die PDS sei auch an bilateralen Gesprächen nur mit der SPD interessiert – es müssten nicht unbedingt alle anderen Parteien gemeinsam an einem Tisch Platz nehmen. Wichtig sei nur, dass seine Partei überhaupt gleichberechtigt gehört werde¹⁶².

Offenbar wurde dieses Zugehen des Bundeskanzlers auf die PDS als Signal seitens der PDS und der entsprechenden Landesverbände der SPD verstanden, in den neuen Bundesländern wieder verstärkt aufeinander zuzugehen. Bei diesem Schritt mag die schwierige Situation der Bundesregierung vor der Verabschiedung wichtiger Reformgesetze, bei denen die Zustimmung des Bundesrates notwendig war, eine Rolle gespielt haben. Insofern war das Gesprächsangebot an die PDS natürlich eine gezielte taktische Maßnahme, um einerseits die Wahrscheinlichkeit für diese Zustimmungen zu erhöhen und um andererseits die Union wieder verstärkt unter Druck setzen zu können. Gleichzeitig ist jedoch unübersehbar, dass diese Gesprächsangebote an die PDS in einer für die PDS schwierigen innerparteilichen Phase, in der noch dazu ihre öffentliche Akzeptanz nach dem Münsteraner Parteitag extrem gelitten hatte, vor allem für die PDS eine wichtige Hilfestellung gewesen, sich im Vorfeld ihres Oktober-Parteitages neu gruppieren und in der öffentlichen Meinung wieder besser präsentieren zu können. In jedem Falle wurde nicht der Versuch gemacht, eine manifeste Schwächeperiode der PDS durch gezielte Aktionen seitens der Bundesregierung weiter zu verschärfen. In der Presse wurde dies zwar auch so interpretiert, als würde Schröder mit diesem Vorstoß den Versuch unternehmen, einen Keil in die Reihen der PDS zu schlagen¹⁶³. Aber wahrscheinlicher scheint die Interpretation, dass diese Aktion zum einen der Rückversicherung und zum anderen eher der Stärkung eines ohnehin eindeutig als Mehrheitsmeinung erkennbaren kooperationswilligen Flügel in der PDS-Führung hätte gelten sollen. Im Gegensatz dazu blieb wohl eher der Eindruck haften, dass diese Angebote seitens des Bundeskanzlers und SPD-Vorsitzenden der PDS zu noch mehr Normalität im deutschen Parteienspektrum verholfen haben dürften. Dazu trug auch der Rahmen bei: Schröder, der sich zuvor noch geweigert hatte, sich zusammen mit Helmut Holter, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Mecklenburg-Vorpommerns, überhaupt fotografieren zu lassen, empfing diesen nun in offensichtlich lockerer Atmosphäre ganz öffentlich im Bundeskanzleramt. Insofern kann es nicht verwundern, dass aus der PDS-Spitze dieses Treffen geradezu euphorisch bewertet wurde. Helmut Holter nannte es ein historisches Ereignis, der Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch sprach gar von einem "Geschenk Gottes"¹⁶⁴. Diese Annäherung spornte nun sogar einzelne, wenn auch prominente Unionspolitiker zu engeren Kontakten mit der PDS an; so führte Altkanzler

¹⁶⁰ Die PDS wittert Morgenluft, in: Die Welt, 18.7.2000.

¹⁶¹ Schröder lädt die PDS zu Rentengesprächen ein, in: FAZ, 18.7.2000.

¹⁶² PDS auch zu getrennten Konsensgesprächen bereit, in: Süddeutsche Zeitung, 20.7.2000.

¹⁶³ So etwa: Birnbaum, Christoph: Am Ziel, in: Rheinischer Merkur, 21.7.2000.

¹⁶⁴ Kleiner Tabubruch, in: Der Spiegel 30/2000, 24.7.2000.

Helmut Kohl ein Gespräch mit Gregor Gysi und der frühere Arbeitsminister Norbert Blüm ließ sich in eine Kommission für Zukunftsfragen des PDS-Landesvorsitzenden Helmut Holter berufen¹⁶⁵.

Angesichts der sich wieder verbessernden Stimmung für die PDS konnte man der Einschätzung des Bundesgeschäftsführers Dietmar Bartsch von Mitte August 2000 nicht unbedingt widersprechen: "Die PDS hat im Sommerloch wieder Fuß gefasst". Bundeskanzler Schröders Zusage an die PDS, sie dürfe künftig bei den Verhandlungen um die Steuerreform mit am Tisch sitzen, habe die PDS auch in der öffentlichen Wahrnehmung wieder beflügelt. Plötzlich werde die Partei wieder nach allen möglichen Themen gefragt. Die designierte Vorsitzende Gabriele Zimmer betonte erneut, die PDS müsse sich auf Länderebene prinzipiell in Richtung SPD orientieren. "Die Zusammenarbeit mit der SPD müssen wir in den Ländern jetzt schon suchen, nicht erst kurz vor den Wahlen."¹⁶⁶ Kurz darauf bekräftigte der designierte Vorsitzende Roland Claus, er halte eine umfassendere Zusammenarbeit der PDS mit der SPD im Bundestag und Bundesrat für möglich. Er sagte in einem Interview, die SPD wolle in Einzelfallprüfungen klären, wo eine Zusammenarbeit möglich ist¹⁶⁷. Kurz darauf waren weitere interessante Signale zu vernehmen: So gab die SPD in Berlin Überlegungen bekannt, sie wolle in Kreuzberg-Friedrichshain die Wahl eines PDS-Kandidaten zum Bezirksbürgermeister unterstützen und sehe darin eine Art Pilotprojekt für rot-rot-grüne Modelle auf Landesebene. Dies wäre die erste Wahl eines PDS-Politikers in ein politisches Amt im Westen gewesen. Der frühere Regierende Bürgermeister von Berlin und letzte Spitzenkandidat, Walter Momper, begrüßte diese Kooperationsabsicht der SPD ausdrücklich und betonte, für ihn als Sozialdemokrat sei das der Testlauf für eine Koalitionsbildung bei der nächsten Wahl zum Abgeordnetenhaus im Jahr 2004¹⁶⁸.

7. Konsolidierung als Juniorpartner

Die Wochen vor dem Cottbuser Parteitag vom Oktober 2000 verliefen für die PDS skandalfrei und relativ ruhig. Sie wurden von der Parteiführung dazu genutzt, den Wechsel in der Spitze von Fraktion und Parteiführung vorzubereiten, möglichst konfliktfrei durchzusetzen und sich in diesem Prozess um möglichst viel Normalität zu bemühen sowie jede allzu scharfe Abgrenzung zur rot-grünen Bundesregierung nach Möglichkeit zu vermeiden. Schon die Wahl von Roland Claus zum neuen Vorsitzenden wurde als Versuch gesehen, eine neue Geschlossenheit nach außen hin zu zeigen¹⁶⁹. Auf Veranstaltungen betonten aber wiederum führende Exponenten wie Helmut Holter die Normalität des Koalitionsanspruchs der PDS. "Wie sollen wir, die Partei mit dem größten gesellschaftlichen Veränderungsanspruch, ohne Regierungspartner denn überhaupt etwas bewirken?"¹⁷⁰ Je näher der Cottbuser Parteitag rückte, desto lauter wurden auch die Signale hin zu den möglichen Koalitionspartnern, die teilweise von diesen auch aufgegriffen wurden. So führte der SPD-Fraktionsvorsitzende in Berlin, Klaus Wowereit, mit Gregor Gysi ein Gespräch und sagte in einem Interview, dass man eine Zusammenarbeit mit der PDS bis 2004 "sehr ernst prüfen müsse"¹⁷¹. Anfang Oktober traf sich

¹⁶⁵ Die PDS auf den Weg zur politischen Salonfähigkeit, in: Die Welt, 28.7.2000.

¹⁶⁶ PDS setzt auf Bündnisse mit SPD in den Ländern, in: Die Welt, 15.8.2000.

¹⁶⁷ Claus: Stärkere Kooperation mit SPD im Bund möglich, in: Die Welt, 22.8.2000.

¹⁶⁸ Berliner CDU empört über SPD-Äußerungen zur PDS, in: FAZ, 12.9.2000.

¹⁶⁹ Siehe Fuhrer, Armin: Die PDS – das war Gregor Gysi, in: Die Welt, 4.10.2000.

¹⁷⁰ Gysis Nachfolger trösten mit "historischen Optimismus", in: FAZ, 25.9.2000.

¹⁷¹ Am besten wäre es, wenn Gysi als Regierender kandidierte, in: Die Welt, 28.9.2000.

sogar Bundeskanzler Schröder offiziell mit dem scheidenden PDS-Vorsitzenden Lothar Bisky. Bisky kommentierte das so, dass sich Schröder darauf eingestellt habe, "dass es die PDS langfristig gibt". Und weiter sagte er: "Das unnatürliche Schweigen zwischen der SPD und PDS auf Bundesebene ist nun beendet." Privat könne es jederzeit erneut zu Treffen kommen. Weiter wurde angekündigt, dass sich Schröder und Gregor Gysi privat mit Ehefrauen zu einem Essen für Ende des Jahres verabschiedet hatten. SPD-Generalsekretär Franz Müntefering soll, so wurde ebenfalls bekannt, in der Berliner Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommerns zum zweijährigen Bestehen der rot-roten Koalition in diesem Bundesland sprechen. Bisky interpretierte diese Gesprächsangebote Schröders dergestalt, dass seitens des SPD-Vorsitzenden kein Widerstand gegen mögliche Koalitionen aus SPD und PDS in allen neuen Bundesländern zu erwarten sei¹⁷². Offenbar kamen diese Gespräche nicht nur der PDS-Führung gelegen, sondern lagen auch im strategischen Interesse der SPD-Spitze. Zum einen sollte Druckpotenzial gegen die anderen möglichen Koalitionspartner der SPD dadurch aufgebaut werden, dass die PDS öffentlich als koalitionsfähig dargestellt wurde. Zum andern könnte dies in der Tat ein Versuch gewesen sein, die breite Öffentlichkeit langsam an den Gedanken einer rot-roten Koalition auch auf Bundesebene zu gewöhnen. Zwar wurde diese neue Linie erneut von bekannten Kritikern einer Annäherung, wie dem Bundestagsabgeordneten Stefan Hilsberg, heftig in Frage gestellt. Aber ebenso deutlich war wiederum, dass es sich damit um eine kleine Minderheitsmeinung innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion handelte. Ein SPD-Sprecher hatte diesen Prozess auf die Formel gebracht: "Rote Socken stinken nicht"¹⁷³. Unabhängig von der Frage, wem dieser Annäherungsprozess zu dieser Zeit mehr genützt hat, ist doch in jedem Fall fest zu halten, dass die SPD-Führung darauf verzichtet hat, unmittelbar vor dem für die PDS aus Gründen der Öffentlichkeitswirksamkeit enorm wichtigen Cottbuser Parteitag die PDS-Führung unter Druck zu setzen und damit der Partei Schwierigkeiten zu bereiten. In der Presse wurde dies auch wie folgt kommentiert: "Die SPD verbündet sich überall dort mit der PDS, wo dies rechnerisch und politisch möglich ist. Sie hat – anders als Müntefering sagt – das Werben um die Stimmen der PDS-Wähler aufgegeben, und sie wirbt stattdessen um die Partnerschaft der PDS-Spitze."¹⁷⁴ Auf der offiziellen Halbzeitbilanz der rot-roten Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern bestätigte denn auch SPD-Generalsekretär Müntefering, dass die PDS in Mecklenburg-Vorpommern in der Realität angekommen sei. Er schloss zwar Koalitionen auf Bundesebene offiziell aus, bestätigte aber erneut den Erfolg der rot-roten Koalition in Mecklenburg-Vorpommern und gab indirekt den Weg frei für jegliche Koalitionen mit der PDS in den neuen Bundesländern¹⁷⁵. Möglicherweise trifft aber auch zu, was ebenfalls in einigen Pressekommentaren vermutet wurde, dass diese von Gerhard Schröder ausgehenden Gesprächsangebote dazu dienen sollen, ehemaligen oder noch aktiven PDS-Spitzenpolitikern mittelfristig einen Wechsel zur SPD schmackhaft zu machen¹⁷⁶.

Insofern überrascht es nicht, dass führende PDS-Politiker wie Andre Brie kurz vor dem Cottbuser Parteitag noch einmal die Partei ermahnten und vor einem Coup der Dogmatiker bei diesem Parteitag warnten. Vor allem die Option einer Zusammenarbeit mit der SPD, so Brie,

¹⁷² Siehe: Ende des Schweigens, in: Der Spiegel 41/2000, 9.10.2000.

¹⁷³ Rote Socken stinken nicht, in: FOCUS 42/2000, 17.10.2000.

¹⁷⁴ Die PDS der neuen Mitte, in: FAZ, 12.10.2000.

¹⁷⁵ Müntefering: PDS ist in der Realität angekommen, in: Die Welt, 12.10.2000. Diese Äußerungen Münteferings wurden zu dieser Zeit mehrfach in ähnlicher Form wiederholt. Siehe Segall, Peter Christian/Schorpp-Grabiak, Rita: Der 7. PDS-Parteitag. Die erste Tagung in Cottbus: Weg in die Mitte?, in: POLITISCHE STUDIEN 2000, Heft 374, S.99ff.

¹⁷⁶ Engert, Jürgen: Der Mythos von roten Socken, die rote Grütze löffeln, in: Die Welt, 13.10.2000.

werde eine wichtige Angriffstelle der Dogmatiker sein. Er betonte auch erneut, die PDS müsse einen klaren Kurs auf eine realistische Reformpolitik nehmen. Die PDS dürfe ihre Eigenständigkeit nicht verlieren, "aber die Hand zur Sozialdemokratie muss ausgestreckt sein"¹⁷⁷. Auch der neue Fraktionsvorsitzende Roland Claus hob in einem Interview noch mal hervor, dass sich der Leitantrag für den Cottbuser Parteitag für das Ringen um gesellschaftliche Mehrheiten für eine Mitte-Links-Politik einsetze. Dafür stehe nur die SPD als Partner zur Verfügung¹⁷⁸.

Der Cottbuser Parteitag vom 14. und 15. Oktober 2000 verlief denn auch für die PDS konfliktfrei und mit dem gewünschten Ergebnis. Nicht nur die Vorstandswahlen brachten das erhoffte Ergebnis, sondern es wurde auch der Entschließungsantrag wie geplant angenommen. Dort fand sich nicht nur das erwähnte Ziel, ein Mitte-Links-Bündnis unter Einschluss der PDS zu bilden, sondern auch noch expliziter ein Angebot der PDS zur Zusammenarbeit mit der SPD "in den ostdeutschen Ländern mit dem Ziel, mit allen Kräften um einen grundlegenden Wandel der wirtschaftlichen, sozialen und beschäftigungspolitischen Situation in Ostdeutschland zu ringen." Der neue Fraktionsvorsitzende Roland Claus ermunterte die Partei, Verantwortung durch die Teilnahme an Regierungen zu übernehmen. Er sehe keine Möglichkeit, "ohne oder gegen die SPD Verbesserungen zu erreichen." Er betonte aber auch: "Wer einmal mit uns essen geht, der hat uns noch lange nicht geschluckt." Die PDS sei nicht "die Westentaschenreserve der SPD"¹⁷⁹. Die Reaktion von SPD-Generalsekretär Müntefering war offiziell zurückhaltend. Er sagte, unabhängig vom Ausgang des PDS-Bundesparteitages gebe es keine Ansatzpunkte für die Zusammenarbeit mit der PDS auf Bundesebene. "Die Koalition zwischen SPD und PDS in Schwerin ist kein Modell, sondern ein Unikat."¹⁸⁰ Bereits kurz vor dem Parteitag hatte die PDS in Sachsen-Anhalt offiziell beschlossen, das Tolerierungsmodell nach der nächsten Landtagswahl 2002 zu beenden und stattdessen eine Koalition mit der SPD anzustreben¹⁸¹. Das gestiegene Selbstbewusstsein der neuen PDS-Führung drückte sich sofort nach dem Parteitag in einer entsprechenden Haltung gegenüber der Bundesregierung aus. So traf sich Bundesarbeitsminister Walter Riester mit Vertretern der PDS zu einem Gespräch über die Rentenreform. Nach diesem Gespräch schloss zwar der Fraktionsvorsitzende Roland Claus seine Zustimmung zu dieser Rentenreform in seiner jetzigen Form aus. Aber es war offensichtlich ein demonstrativer Erfolg für die PDS-Führung, erneut in solche Sachgespräche eingebunden worden zu sein. Claus schlug gleichzeitig vor, auch über die Reform der Bundeswehr mit der Bundesregierung zu sprechen¹⁸². Aus den Reihen von Bündnis90/Die Grünen kam hingegen Kritik an der PDS nach ihrem Parteitag. So sagte die parlamentarische Geschäftsführerin im Bundestag, Frau Göring-Eckhart, die PDS stehe weiter für "altsozialistische Umverteilungsideologien" und für den Ruf nach dem starken Staat. Der Parteitag der PDS in Cottbus habe sogar noch eine "Rolle rückwärts" gebracht¹⁸³. Die warnenden Stimmen aus der SPD waren wiederum auf wenige bekannte Gesichter wie Markus Meckel oder Stefan Hilsberg beschränkt¹⁸⁴. Hilsberg kritisierte: "Es ist so eine Art Gewöhnungszustand spürbar, es ist aber auch spürbar, wie ein Teil der Partei in so etwas wie eine innere Emigration geht,

¹⁷⁷ Fuhrer, Armin: PDS: Brie warnt vor Quo der Dogmatiker bei Parteitag, in: Die Welt, 13.10.2000.

¹⁷⁸ PDS: Mitte-Links mit der SPD, in: Die Welt, 14.10.2000.

¹⁷⁹ Die PDS bietet der SPD die Zusammenarbeit an, in: FAZ, 16.10.2000.

¹⁸⁰ Die PDS bietet der SPD die Zusammenarbeit an, in: FAZ, 16.10.2000.

¹⁸¹ PDS in Sachsen-Anhalt will mitregieren, in: Die Welt, 2.10.2000.

¹⁸² PDS schließt Ja zu Rentenreform aus, in: Die Welt, 24.10.2000.

¹⁸³ Grüne und FDP warnen vor Annäherung an die PDS, in: FAZ, 17.10.2000.

¹⁸⁴ SPD-Politiker warnen vor der PDS, in: Die Welt, 17.10.2000.

sich zurückzieht, nicht mehr mitmacht, sozusagen ins passive Lager wechselt." Sein Bundestagskollege der SPD-Fraktion Markus Meckel warnte vor einer Zusammenarbeit mit der PDS im Bund: "Es gibt einen großen Teil der deutschen Bevölkerung in der Mitte der Gesellschaft, die es der SPD nicht verzeihen würde, wenn sie auf Bundesebene mit der PDS zusammengeht." Die PDS dürfe nicht durch Normalisierungsdebatten gestärkt werden¹⁸⁵. Ebenfalls kurz nach dem Cottbuser Parteitag wurde dann auch tatsächlich die PDS-nahe Kandidatin Bärbel Grygier in Friedrichshain und Kreuzberg mit den Stimmen von SPD, PDS und Grünen zur Bezirksbürgermeisterin gewählt¹⁸⁶.

Allerdings mehrten sich nun auch kritische Stimmen aus der SPD. So warnte der niedersächsische Ministerpräsident Siegmар Gabriel vor zu engen Kontakten zur PDS. In einem Interview sagte er: "Das hat im Westen eine andere Wirkung, als möglicherweise in Berlin vermutet wird. Wir holen uns damit eine Debatte an den Hals, die ich – zumindest für die Gesamtpartei – für überflüssig halte." Der Nordrhein-Westfälische Ministerpräsident und stellvertretende SPD-Vorsitzende Wolfgang Clement sprach sich gleichzeitig dafür aus, die PDS weiterhin vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen¹⁸⁷. Auch der Sprecher des Seeheimer Kreises, der Bundestagsabgeordnete Reinhold Robbe, kritisierte diese Annäherung und die Treffen von SPD-Spitzenpolitikern wie Gerhard Schröder und Franz Müntefering mit Vertretern der PDS¹⁸⁸. In einem weiteren Kommentar wurde die Situation der PDS gegenüber der SPD so bewertet: "So könnte die PDS im Osten die linke Verbündete der in die politische Mitte gerückten SPD spielen und genau die sozialistische Politik propagieren, die die SPD bundesweit durchzusetzen wagt. ... Im Osten ist die PDS Volkspartei und wird das mittelfristig auch bleiben – eine Regionalpartei, die in der Bundespolitik einen Partner braucht. Es ist kaum anzunehmen, dass die Schröder-SPD vor einem solchen Regionalexperiment zurückschrecken würde. Es birgt für sie kaum Gefahren, und das Tabu mit den Sozialisten zusammenzuarbeiten, ist längst gebrochen."¹⁸⁹ Das SPD-Vorstandsmitglied und frühere Jusovorsitzende, Andrea Nahles, hielt nun sogar eine Fusion von SPD und PDS grundsätzlich für möglich. In einem Artikel schrieb sie: "Da die PDS fundamental ideologische Unterschiede zur SPD kaum noch begründen kann, sehe ich keine grundsätzlichen Argumente, die gegen einen Zusammenschluss sprechen." Einem solchen Zusammenschluss stehe lediglich das "fehlende Zukunftsmodell" der PDS entgegen¹⁹⁰. Von der Symbolwirkung her sicherlich nicht unbedeutend war kurz darauf die Entscheidung des Schweriner Innenministers Gottfried Timm von der SPD, in Mecklenburg Vorpommern nun auch die Beobachtung der Kommunistischen Plattform in der PDS durch den Verfassungsschutz einzustellen¹⁹¹. Den Vorschlag einer Fusion mit der PDS lehnte allerdings SPD-Generalsekretär Franz Müntefering klar ab. Die PDS sei für die SPD kein Verwandter, sondern ein politischer Konkurrent und, "dessen Wählerinnen und Wähler wir umwerben, um ihn überflüssig zu machen". Das Zusammenarbeiten in Kommunen und Ländern seien Zweckbündnisse und keine Liebesheirat, so Müntefering. Der PDS-Sprecher Hanno Harnisch hingegen hielt eine Fusion mit den Sozialdemokraten in Zukunft denkbar und sagte, in 10 oder 20 Jahren könnten solche Überlegungen ein Thema sein¹⁹².

¹⁸⁵ SPD und PDS verabreden Rentengespräch, in: FAZ, 18.10.2000.

¹⁸⁶ Schuller, Konrad: SPD und PDS versuchen es in Berlin, in: FAZ, 18.10.2000.

¹⁸⁷ Diepgen: SPD verrät ihre Tradition, in: FAZ, 20.10.2000.

¹⁸⁸ Fuhrer, Armin: SPD Politiker aus dem Westen gegen PDS-Annäherung, in: Die Welt, 20.10.2000.

¹⁸⁹ Rammelsberger, Annette: Die CSU des Ostens, in: Süddeutsche Zeitung, 19.10.2000.

¹⁹⁰ Nahles hält Fusion von SPD und PDS für möglich, in: Die Welt, 26.10.2000.

¹⁹¹ Kommunisten in der PDS bleiben unbeobachtet, in: Süddeutsche Zeitung, 15.11.2000.

¹⁹² SPD lehnt eine Fusion mit der PDS ab, in: Süddeutsche Zeitung, 26.10.2000.

Zum Ende des Jahres 2000 war offensichtlich, dass der Konfliktstoff aus dem Verhältnis zwischen SPD und PDS weitgehend heraus war. Das Verhältnis sollte nun – offenbar auch seitens der SPD-Führung – so normal wie irgend möglich erscheinen. Für die restliche Zeit zur Bundestagswahl 2002 sind also keine größeren Hindernisse zu erwarten, die die SPD der PDS auf ihrem Weg zur Integration als normale demokratische Partei in den Weg legen dürfte. Auch in den neuen Bundesländern, in denen die PDS bislang noch nicht an der Regierung beteiligt ist, wurden Forderungen nach Koalitionen mit der SPD mit wachsender Selbstverständlichkeit gestellt. So verkündete der wieder gewählte Thüringer PDS-Vorsitzende Hausold Mitte November 2000, er wolle eine Regierungsübernahme in seinem Land mit der SPD¹⁹³. Wenige Wochen später schlug er sogar einen gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten vor¹⁹⁴. Der SPD-Landesvorsitzende Christoph Matschie reagierte mit der Bemerkung, er sehe keine ideologischen Gründe mehr, die gegen ein Bündnis mit der PDS sprächen. "Wenn wir inhaltlich auf einen Nenner kommen, ist eine Koalition durchaus vorstellbar."¹⁹⁵

An dieser Situation, die frei von Konflikten schien und weitere Schritte aufeinander zu offen ließ, änderte sich Ende 2000 und Anfang 2001 nichts mehr. In der Öffentlichkeit erschien das Verhältnis von SPD und PDS unverkrampft wie selten zuvor. Ein Presseartikel bewertete dies zu Beginn des Jahres 2001 so: "In den vergangenen Monaten schien es, als sei ein herzlicher Respekt zwischen zwei Parteien entstanden, die sich beide vom Eindruck gegenseitiger Freundlichkeit eigene Vorteile versprachen. Für die PDS bedeuteten die Kontakte zur Sozialdemokratie eine deutliche Aufwertung ihres Ansehens, vor allem in den Augen westdeutscher Politikbetrachter, zugleich boten sie eine Ablenkung von den eigenen Personalquerelen und Programmkämpfen. Der SPD hingegen konnte daran gelegen sein, mit freundlichen Gesten gegenüber der PDS den Eindruck zu verfestigen, sie habe noch einen kleinen Koalitionspartner zur Verfügung und sei keineswegs allein auf die Grünen angewiesen."¹⁹⁶ Auch wenn immer wieder mit beschränkten Aktionen zur eigenen Profilierung auch auf Kosten der jeweils anderen Partei zu rechnen war und ist, dürfte wohl beiden Parteien daran gelegen sein, bis zur Bundestagswahl 2002 an dieser Konstellation nichts Grundlegendes zu ändern. Auch der Beschluss des PDS-Vorstandes Anfang 2001, ein neues Parteiprogramm erst nach der Bundestagswahl zu beschließen, dürfte nicht zuletzt vor dem Hintergrund gefallen sein, augenfällige Diskrepanzen zur SPD zu vermeiden und aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Kurz darauf wurde das Ziel, die Gewerkschaften zu einer "strategischen Partnerschaft" mit der PDS gewinnen zu wollen, von der Vorsitzenden Gabriele Zimmer offen verkündet¹⁹⁷. Anfang Februar 2001 nutzte Bundesgeschäftsführer Bartsch die Vorstellung einer Umfrage zur Formulierung des Ziels, die PDS wolle dritte Kraft im deutschen Parteiensystem werden. Bartsch interpretierte die Ergebnisse der Umfrage als Beleg dafür, dass die PDS mit ihrer Orientierung hin zu einer "Mitte-links-Option" eine wichtige strategische Entscheidung getroffen habe. Außerdem zeigen die Daten eine Präferenz für eine Koalition aus PDS und SPD in Ostdeutschland. Auch wenn Bartsch erneut keine klare Aussage über eine solche Koalition auf Bundesebene treffen wollte, war überdeutlich, dass dies ein weiterer Beitrag zur größeren Verfestigung des Bildes der Normalität im Verhältnis beider Parteien sein sollte und sich die PDS-Führung einmal mehr als selbstverständlicher und auf breiter Basis akzeptierter Koaliti-

¹⁹³ Thüringer PDS will mit SPD regieren, in: FAZ, 20.11.2000.

¹⁹⁴ Gemeinsamer Kandidat von SPD und PDS möglich, in: FAZ, 14.2.2001.

¹⁹⁵ Rot-rote Träume, in: Focus 10/2001, 5.3.2001, S.84.

¹⁹⁶ Leithäuser, Johannes: Annäherung und Rivalität. Die PDS lässt sich umwerben, aber nicht umgarnen, in: FAZ, 2.1.2001.

¹⁹⁷ PDS will mit Gewerkschaften "strategische Partnerschaft", in: FAZ, 30.1.2001.

onspartner präsentieren wollte¹⁹⁸. Auch nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz am 26. März 2001 wurde offiziell diese Strategie nochmals bekräftigt¹⁹⁹.

Diese Signale wurden auch von führenden Politikern von Bündnis 90/Die Grünen offenbar immer mehr erkannt. In dieses Bild passt auch die Reaktion auf die Krisen in der großen Koalition im Berliner Senat. Ende Februar 2001 hatten die Berliner Grünen auf einer Landesdelegiertenkonferenz ihre Bereitschaft zu einer umfassenden politischen Zusammenarbeit erklärt. Mit großer Mehrheit wurde eine Resolution angenommen, in der die Partei offiziell SPD und PDS Gespräche für eine Regierungsneubildung anbietet. Die ehemalige Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer sagte auf dieser Konferenz, die PDS könne nicht für unbegrenzte Zeit unter Quarantäne gestellt werden. Es kann kaum überraschen, dass dieser Vorstoß von der Berliner PDS-Führung sofort begrüßt wurde²⁰⁰.

Einen erheblichen Symbolwert für das Verhältnis von SPD und PDS hatte Mitte März 2001 auch ein Ereignis, das erneut die Normalität wie die feste Verankerung der Beziehungen beider Parteien in der gegenwärtigen politischen Konstellation dokumentierte. So war es kaum überraschend, dass Gregor Gysi mit Oskar Lafontaine einen der prominentesten Sozialdemokraten zur Vorstellung seines neuen Buches in Berlin gewinnen konnte. Verblüffend war aber die Deutlichkeit, mit der Lafontaine die Gemeinsamkeiten beider Parteien beschwor. Er forderte sogar, langfristig müssen SPD und PDS fusionieren. Lafontaine sagte: "Unsere Gesellschaft braucht eine große linke Volkspartei, die ihre Politik um den Epochenbegriff der sozialen Gerechtigkeit gruppiert."²⁰¹ Gysi griff diese Anregung zwar nur mit Einschränkungen auf, aber mit derartigen Zitaten auf entsprechenden Events sind zumindest für die PDS die wichtigsten kurzfristigen Ziele bereits erreicht.

Eine Bekräftigung der bekannten Linie brachte auch die Vorstellung der Wahlkampfstrategie der PDS für die Bundestagswahl. Bundesgeschäftsführer Bartsch stellte am 10. April 2001 klar, für die PDS sei kein Koalitionswahlkampf geplant und sie trete als Oppositionspartei an. Die PDS bleibe die "Protestadresse" und wolle insbesondere von der rot-grünen Bundesregierung enttäuschte Wähler gewinnen. Eine Regierungsbeteiligung der PDS im Bund sei "mehr oder weniger ausgeschlossen". Gleichzeitig wurde eine Koalition mit der SPD auf Bundesebene nicht ausdrücklich ausgeschlossen; über Konstellationen, so Bartsch, werde nach der Wahl entschieden. Im Vorstandspapier hieß es, die SPD sei eine "konkurrierende Partei, mit der wir teilweise zusammenregieren und mit der wir in Kooperation stehen müssen, wenn wir in absehbarer Zeit Veränderungen ernsthaft durchsetzen wollen". Die SPD sei "nicht der unversöhnliche politische Gegner"²⁰². Damit war offiziell deutlich gemacht worden, dass eine Koalition mit der SPD nicht an der PDS scheitern würde. Auch die Entschuldigung der PDS-Führung vom 18. April 2001 für die Zwangsvereinigung von SPD und KPD 1946 diene vor allem diesem Zweck²⁰³ und sollte die Akzeptanz der PDS vor allem bei der sozialdemokratischen Seite erhöhen.

¹⁹⁸ Siehe: PDS will dritte Kraft im Parteiensystem werden, in: FAZ, 6.2.2001.

¹⁹⁹ PDS will FDP und Grüne überflügeln, in: FAZ, 27.3.2001.

²⁰⁰ Siehe: PDS bereit für Gespräche über rot-rot-grüne Koalition, in: Die Welt, 21.2.2001; Berliner Grüne für Neuanfang mit der PDS, in: Die Welt, 26.2.2001.

²⁰¹ Zwei Aussteiger aus der Politik – und bald nur noch eine Partei?, in: Die Welt, 16.3.2001.

²⁰² PDS will "die Protestadresse" bleiben, in: FAZ, 11.4.2001.

²⁰³ Siehe: Der Zwang zur Entschuldigung, in: Süddeutsche Zeitung, 19.4.2001.

Der heftige Konflikt um die Zustimmung zur Rentenreform der Bundesregierung im Mai 2001 brachte die bislang stärkste Belastung des PDS-Kurses der Annäherung. Die Zustimmung zur Rentenreform durch den Regierungschef Mecklenburg-Vorpommerns, Harald Ringstorff, ohne vorherige Konsultierung des Koalitionspartners PDS brachte das rot-rote Bündnis dort nahe an den Rand des Zusammenbruchs. Nach heftigem internen Streit und einer Entschuldigung Harald Ringstorffs blieb das Bündnis dann aber doch vorerst erhalten. Die Rolle der PDS als Partner im Osten und als Reservepartner im Bund sollte offenbar keinesfalls gefährdet werden. Allerdings wurde diese Eskalation vielleicht auch dafür inszeniert, um der PDS die Grenzen aufzeigen und seitens der SPD deren momentan dominante Position als Regierungspartei aufzuzeigen. So war in der Woche vor der Abstimmung zur Rentenreform im Bundesrat Bundeskanzler Gerhard Schröder im Kanzleramt mit den Spitzen der PDS zu einem siebenstündigen Gespräch zusammengekommen. Dabei wurde offenbar keine klare Linie seitens der PDS-Führung zur Rentenreform erreicht, aber diese Einladung allein zeigt erneut die demonstrative Normalität, mit der derartige Strategiesitzungen mit der PDS umgeben werden sollen. Die SPD wird auf die PDS als Koalitionspartner im Osten nicht verzichten; derartige Schaukämpfe mögen aber auch als Versuch gedacht sein, die PDS in den neuen Bundesländern in der Rolle des Juniorpartners der Kanzlerpartei zu fixieren. Die PDS musste aber in diesem Fall eine noch größere Kröte schlucken und wird sich wachsender innerer Konflikte gegenübersehen. Für die PDS scheint es immer drängender zu werden, möglichst rasch in möglichst viele Regierungsverantwortungen zu gelangen, um die interne Zerrissenheit quasi von oben herab beherrschen zu können²⁰⁴.

8. Fazit: Konturen einer Strategie jenseits der "Neuen Mitte"

Ein gutes Jahr vor der Bundestagswahl 2002 ist es unübersehbar, dass die PDS für die SPD-Spitze eine tragende strategische Rolle spielt – und umgekehrt auch. Mittlerweile wurde der Weg aus immer zögerlicherer Abgrenzung und immer deutlicherer Annäherung schon so lange beschritten, dass sich eindeutige Parallelen zum Verhältnis der SPD zum Juniorpartner Grüne Anfang der 80er-Jahre ergeben²⁰⁵. Diese wachsende Anerkennung der Stärke der PDS auf der einen und der Verzicht auf eine kämpferische Auseinandersetzung bis hin zur schrittweisen Annäherung auf der anderen Seite gehört mittlerweile zum Mainstream-Gedankengut der SPD-Führung und hat sowohl den Wechsel von den Oppositions- zu den Regierungsbänken als auch den Führungswechsel in der Parteispitze von Oskar Lafontaine zu Gerhard Schröder ohne größere Brüche überlebt. Auch oder vielleicht gerade in den Zeiten, in denen die SPD mit Parolen der "Neuen Mitte" Wahlen gewinnt, glaubt man sich diese Annäherung inklusive Reservehaltung eines neuen Koalitionspartners leisten zu können – selbst auf die Gefahr hin, in der Mitte wieder Wähler zu verlieren. Dabei mag in der SPD das nach wie vor beachtliche Bewusstsein der historischen oder auch ideologischen Nähe beim in der Fraktion starken linken Flügel eine Rolle spielen, aber wohl auch die postmoderne Offenheit der 68er-Führungsgeneration und nicht zuletzt die nüchternen Kalkulationen der Pragmatiker der Macht. Seitens der PDS wurde die Hand zur Hilfestellung mit dem Ziel der Integration in das gesamtdeutsche Parteiensystem und den etablierten Politikbetrieb ausgestreckt – und große Teile des Medienbetriebs, der Intellektuellen und schließlich auch der SPD sowie Teile von Bündnis 90/Die Grünen haben sie ergriffen. Dies wird in nächster Zukunft nicht rückholbar

²⁰⁴ Siehe hierzu: Leithäuser, Johannes: Mit Besonnenheit, Konsequenz und Dialektik. Die PDS und ihre Brückierung, in: FAZ, 16.5.2001; Der Preis des Regierens, in: Der Spiegel, 21/2001, 21.5.2001.

²⁰⁵ Dies wird auch von ausländischen Wissenschaftlern so interpretiert. Siehe Olsen, Jonathan: Seeing Red: The SPD-PDS Coalition Government in Mecklenburg-West Pomerania, in: German Studies Review 23(2000), Nr.3, S.557-580.

sein und eröffnet der PDS große Spielräume für ihre weitere innere Entwicklung gerade in der für sie schwierigen Phase des Führungswechsels.

Welche neuen Instabilitäten sich daraus langfristig für die SPD oder für das Parteiensystem insgesamt ergeben, muss eine offene Frage bleiben. Kurzfristig scheinen die Vorteile für die SPD zu überwiegen: In den neuen Bundesländern ist der Weg freigegeben für SPD-Regierungen unter Beteiligung der PDS. Sogar das Szenario eines rot-roten Ostens (also SPD-PDS-Regierungen in allen östlichen Bundesländern, möglicherweise sogar inklusive Berlins und unter Beteiligung von Bündnis90/Die Grünen) ist nicht mehr ganz unrealistisch. Zwar wird die PDS im Westen nicht Fuß fassen können und daher für die Parteiensysteme der westlichen Bundesländer unbedeutend bleiben, aber auf Bundesebene wird sie für die SPD eher wichtiger werden. Aus innen- wie außenpolitischen Erwägungen wird sich die Schröder-SPD sicher die PDS als Regierungspartner im Bund so lange wie möglich vom Hals halten wollen. Als Koalitionsreserve bietet die PDS aber im geeigneten Kontext ein wichtiges Drohpotenzial gegenüber anderen möglichen Koalitionspartnern und damit einen wichtigen strategischen Hebel zur Durchsetzung der eigenen Positionen. Dies kann man sich seitens der SPD momentan eher leisten, da der auf enttäuschte Unions- und Wechselwähler zielende Wahlkampf von 1998, mit der die "Neue Mitte" gewonnen werden sollte, nicht mehr wiederholt werden kann. Eine stärkere Konzentration auf traditionelle weltanschaulich fester an die SPD gebundene Stammwähler würde eine offensichtliche Annäherung an die PDS weniger schwer machen als das Hervorheben der "neuen Sozialdemokratie" des "Dritten Weges". Für die nächste Zukunft ist also eher eine Bekräftigung dieses Kurses zu erwarten.

Für die PDS-Spitze andererseits ist die Alternative klar: Sie muss versuchen, auch an der Bundespolitik beteiligt zu sein. Für eine Regierungsbeteiligung in Berlin würde sie bis an die Grenzen der Selbstverleugnung gehen und fast jeden Preis zahlen – und gegenwärtig sieht es so aus, als könnten die PDS-Führung und die Eliten der Partei eine Regierungsbeteiligung innerparteilich auch durchsetzen. Die PDS weiß, sie kann langfristig im deutschen Parteiensystem nur überleben, wenn sie über ihre noch feste, aber in Zukunft wohl ebenfalls brüchige Basis in den neuen Bundesländern den Weg zu einer akzeptierten bundespolitischen Kraft bewältigt. Dazu braucht sie aber die SPD. Ein Szenario, in dem die SPD auch die PDS braucht und an der Regierungsmacht beteiligt, ist im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 immerhin so realistisch wie nie zuvor.

Verantwortlich:

Dr. Reinhard C. Meier-Walser
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen
der Hanns-Seidel-Stiftung

Autor:

Dr. Gerhard Hirscher
Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien und Politische Theorien
in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen

"aktuelle analysen"

bisher erschienen:

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit (vergriffen)
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland – Klassische Ansätze – Aktuelle Diskussion – Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO – Die Positionen der USA und Russlands (vergriffen)
- Nr. 4 Umweltzertifikate – ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik? (vergriffen)
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den Landtagswahlen vom 24. März 1996 (vergriffen)
- Nr. 6 Informationszeitalter – Informationsgesellschaft – Wissensgesellschaft (vergriffen)
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK). Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung (vergriffen)
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen
- Nr. 14 Der Kosovo-Konflikt: Aspekte und Hintergründe (vergriffen)
- Nr. 15 Die PDS im Wahljahr 1999: "Politik von links, von unten und von Osten" (vergriffen)
- Nr. 16 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien (vergriffen)
- Nr. 17 Die heutige Spionage Russlands
- Nr. 18 Krieg in Tschetschenien
- Nr. 19 Populisten auf dem Vormarsch? Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz

- Nr. 20 Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland
- Nr. 21 Die Relevanz amerikanischer Macht: anglo-amerikanische Vergangenheit und euro-atlantische Zukunft
- Nr. 22 Global Warming, nationale Sicherheit und internationale politische Ökonomie. Überlegungen zu den Konsequenzen der weltweiten Klimaveränderung für Deutschland und Europa
- Nr. 23 Die Tories und der "Dritte Weg". Oppositionsstrategien der britischen Konservativen gegen Tony Blair und New Labour
- Nr. 24 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europäischen Union. Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages
- Nr. 25 Jenseits der "Neuen Mitte": Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998

in Vorbereitung:

Die Abwehr ballistischer Trägersysteme. Bedrohungslage – Möglichkeiten – politische Konsequenzen

Multiethnische Koexistenz und Identität im Libanon